

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 237 SONNTAG, 26. Dez. 1937

Aus dem Inhalt:

Um die Freiheit der Presse  
Deutsche Verlustlisten  
Legalisierter Raub  
Vor 50 Jahren

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

# Trotz alledem!

Aussprechen, was ist!

Wir haben keinen Grund, auf das vergangene Jahr mit Genugtuung zurückzublicken oder das neue mit rosiggen Hoffnungen zu begrüßen.

Noch ist die Despotie im Vorrücken. Brennende Städte in China bezeichnen ihren Weg. Das politische Dreieck, das unter der falschen Fahne des Antibolschewismus marschiert, gebärdet sich schon als wäre es der Herr der Welt. Keine Macht hat den Mut, ihm entgegenzutreten.

Auch dort, wo die Kanonen noch schweigen, macht die Despotie längst nicht mehr an den Landesgrenzen halt. Mit ihren Heeren bezahlter Spitzel und Agenten, mit ihren gekauften Zeitungen dringt sie in die Nachbarländer ein. Mit Lockungen und Drohungen macht sie sich die öffentliche Meinung gefügig. Ist sie mit ihren vielen Soldaten nicht mächtig, muß nicht jeder Realpolitiker mit ihr rechnen? Wer könnte die Bildung »ideologischer Blocks« befürworten, die doch sicher zum Zusammenstoß führt? Rüstungen sind gut für das Geschäft, aber außenpolitische Spannungen schaden ihm. Schließlich kann man den Frieden auch mit ein bißchen Freiheit bezahlen, besonders dann, wenn es die Freiheit anderer und nicht die eigene ist.

Stimmungen solcher Art und ihre Auswirkungen machen unseren Kampf, der schon schwer genug ist, noch schwerer. Ja, wenn wir noch die Hoffnungen der klugen Rechner teilen würden, dann wären die Opfer wenigstens nicht umsonst gebracht. Aber wir teilen sie nicht, wir glauben nicht, daß der Frieden, dessen Erhaltung auch große Opfer rechtfertigen würde, durch solche Kalkulationen und Transaktionen gerettet werden kann. Dazu kennen wir den Vertragspartner zu gut. Wir wissen, daß ein jeder, der ihm etwas gibt, um etwas dafür zu erhalten, der Betrogene sein wird.

Es ist seit einiger Zeit so viel vom »Pressefrieden« die Rede. Aber worin kann ein Pressefrieden zwischen Demokratie und Diktatur bestehen? Doch nur darin, daß die Diktatur verspricht, nicht mehr über die Demokratie zu lügen, wogegen die Demokratie sich verpflichtet, über die Diktatur nicht mehr die Wahrheit zu sagen. Die Diktatur kann leicht ein solches Versprechen geben; erstens kann sie es erfüllen, denn ihre ganze Presse tanzt ja an ihren Drähten, und zweitens will sie es gar nicht erfüllen. Wie aber könnte die Demokratie eine solche Verpflichtung übernehmen, ohne auf ihre Lebensgrundlage selbst, auf die Freiheit der Presse, zu verzichten? Ein sogenannter Pressefrieden ist ein Handel, bei dem die Diktatur gar nichts gibt, die Demokratie aber alles — sogar sich selbst! Tut sie das aber, welches Banner will sie dann noch erheben an dem Tage, an dem die Illusionen schwinden und die furchtbare Wirklichkeit an sie herantritt?

Frieden und Freiheit sind keine Handelswaren, die man gegeneinander austauschen kann. Auch läßt sich die eigene Freiheit von der Freiheit der anderen nicht trennen. Wie wenig eine solche Trennung möglich ist, hat die furchtbare Lektion der letzten fünf Jahre gezeigt. So lange das deutsche Volk seine Freiheit genoß, konnten auch seine Nachbarn in gesicherter Freiheit leben. Selbst ge-

knechtet, bedroht es auch andere mit Knechtschaft und Gewalt. Wenn wir also für das deutsche Volk und seine Freiheit kämpfen, — und wir sind uns dessen bewußt, daß dies und dies allein unsere Aufgabe ist — so kämpfen wir zugleich für die Freiheit ganz Europas und für den Frieden der ganzen Welt.

Dieses unseres Weges sind wir so gewiß, daß auch bittere Erfahrungen uns von ihm nicht abbringen können. Wir fühlen uns durch sie nicht im mindesten entmutigt. Uns erhebt der Anblick des um seine Freiheit kämpfenden spanischen Volkes, uns stärkt das Bewußtsein der Verbundenheit mit unseren Genossen in Deutschland, die für die Sache der Freiheit mutig Unnennbares tra-

gen, uns ermutigt das tapfere Verhalten unserer Bruderparteien in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, vor allem unserer deutschen Genossen in der Tschechoslowakischen Republik. Ihre Leistung in den letztvergangenen Jahren wird in der Geschichte der Internationale ein Ruhmesblatt füllen.

Aussprechen, was ist! Nur Schwächlinge können die Wahrheit nicht vertragen. Seit Jahrhunderten ist die Despotie in Europa nicht so stark gewesen, Freiheit und Menschenwürde nicht so in den Boden getreten worden wie jetzt. Was wir erleben, ist schlimmer als die Heilige Allianz, schlimmer als das Wüten der Reaktion nach 1848,

schlimmer als das reichsdeutsche Sozialistengesetz und der österreichische Ausnahmezustand. Härter als je ist der Kampf, schlimmer als je die Not der Kämpfer, und der Ausgang liegt noch weit in der Ferne. Aber die Heilige Allianz ist gewesen, die Reaktion nach 1848 ist gewesen, das Sozialistengesetz ist gewesen, und immer ist nach Perioden finsterster Unterdrückung das Banner der Freiheit wieder aufgestiegen. Diejenigen, denen es in der Zeit schwerster Bedrängnis anvertraut ist, sind trotz alledem Bevorzugte des Schicksals. Wir sehen also keinen Grund, uns zu beklagen oder an unseren Gesinnungen etwas zu ändern. Wo wir stehen und wohin wir gehen, bleiben wir, was wir sind!

## Emigranten-Tragödien

### Lieber tot als nach Deutschland - Freitod eines Philosophen

Aus Amsterdam wird uns berichtet:

Zum zweiten Male hat sich binnen kurzer Zeit in Holland der Fall ereignet, daß ein Emigrant, der nach Deutschland abgeschoben werden sollte, den Tod seiner Auslieferung an die SA und ihre »Erziehungs«-Methoden vorzog. Der erste Fall betraf jenen Unglücklichen, der sich während des Transportes aus dem fahrenden Zug stürzte. Das war vor einigen Wochen. Jetzt hat sich der Vater eines sozialistischen Emigranten in dem Augenblick, wo die Polizei ihn und seine Frau — beide bejahrte Leute — zur Abschiebung nach Deutschland abholen wollte, die Halschlagader durchschnitten.

Das alte Ehepaar war staatenlos und hatte zuletzt in Köln gewohnt. Da es ihnen dort seit der Hitler-Herrschaft immer elender ging, so hatte der Sohn, inzwischen mit einer Holländerin verheiratet und in relativ gesicherten Verhältnissen lebend, die beiden Alten zu sich nehmen wollen. Der Plan scheiterte jedoch an der Eigenschaft der beiden als Staatenlose. Der holländische Justizminister verfügte die Ausweisung.

Nun besteht in Holland folgender unglückseliger Zustand: Das Land besitzt nur zwei Grenznachbarn: Deutschland und Belgien. Mit Belgien besteht seit kurzem ein Vertrag, wonach die beiden Länder sich ihre Emigranten nicht mehr wechselseitig zuschieben dürfen. Es bleibt also im konkreten Falle nur eine Ausweisungsmöglichkeit: die nach Deutschland.

Nun scheint man in Holland noch immer nicht recht zu wissen, was die Zwangsrückkehr eines Emigranten nach Deutschland für diesen bedeutet; aber die Emigranten selber sind sich darüber im Klaren, und wir, die wir über die deutschen Verhältnisse Bescheid wissen, begreifen es, wenn sie den Tod der Hölle vorziehen, die ihrer im Dritten Reich wartet.

Die traurigen Fälle haben die holländische Öffentlichkeit alarmiert. Man beginnt zu begreifen, daß doch nicht bloße Halsstarrigkeit die Emigranten in Holland festhält. Daß Menschen lieber Selbstmord versuchen, als nach Deutschland zurückzukehren, gibt zu denken: Greuelzustände, vor denen solche Furcht besteht, können unmöglich bloß zu Agitationszwecken ausgeheckte Märchen sein, sagt sich der einfache Mann.

### In den Tod gehetzt

Selbstmord eines deutschen Gelehrten.

In Frankreich, in der Nähe von Dijon, wurde vor kurzem in einem Wald die Leiche

eines Unbekannten gefunden. Zunächst schienen mancherlei Anzeichen darauf hinzudeuten, daß der Tote das Opfer eines Verbrechens sei. Bald jedoch kam die Polizei zu der Feststellung, daß ein Selbstmord vorliege. Auch über die Identität des Toten kam man ziemlich schnell ins Klare. Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, kann kaum noch ein Zweifel daran bestehen, daß der Unbekannte, der im Wald bei Dijon den Weg aus der Welt suchte und fand, der deutsche Philosoph Dr. Heinrich Hellmund ist.

Heinrich Hellmund — vielen wird der Name dieses Mannes nichts besagen und bedeuten. Die Gemeinde derer, die sein anspruchsvolles innerlich und äußerlich groß angelegtes Lebenswerk kennen und seiner Bedeutung gemäß einschätzen lernten, ist verhältnismäßig klein, wen sie auch erfreulich weit über den engen Umkreis der fachwissenschaftlichen Interessierten hinausgeht. Hellmunds Hauptwerk »Das Wesen der Welt« lud schon rein räumlich betrachtet nicht gerade zu eiliger Lektüre ein: drei dicke Bände mit etwa anderthalbtausend Seiten...

Als das Buch 1927 bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschien (1928 kam die zweite Auflage), wurde es von der Kritik begeistert als eine der bedeutendsten denkerischen Leistungen der neueren deutschen Philosophie willkommen geheißen. Richard Müller-Freienfels und andere berufene Beurteiler priesen die Kühnheit und Tiefe der Hellmundschen Gedankenwelt und sein ehrliches unablässiges Ringen um einen neuen, die Einzelerkenntnisse der Spezialwissenschaften synthetisch zusammenfassenden Seins-Begriff — — —

Der deutsche Philosoph Heinrich Hellmund ist von der Barbarei des Dritten Reiches in den Tod gehetzt worden. 1933 hatte er Deutschland verlassen müssen, obwohl er mit Politik nicht das mindeste zu tun gehabt hatte, und obwohl seine Arbeiten einer Sphäre angehörten, die weit — manchmal wohl allzuweit — jenseits allen Zeitstreites liegt. Sein Verbrechen bestand darin, daß er »Nichtariere« war und Denk- und Forschungsfreiheit als wertvolles Kulturgut erkannte...

Hellmund wurde ein Heimatloser, der von Land zu Land pilgerte, überall durch Vorlesungen und wissenschaftliche Forschungspläne Interesse weckend, aber nirgends neue Verwurzelung, nirgends Ruhe zum Schaffen findend. Die Friedlosigkeit seines Wanderlebens zehrte an seinen Nerven, an seiner seelischen Gesundheit. Immer deutlicher bereitete sich in ihm eine Katastrophe vor.

Hellmund verfiel in Verfolgungswahn. In allen Menschen, mit denen er in Berührung kam, begann er Spione des Hitlerregimes zu sehen, jedes kleine, oft nur eingebildete Mißgeschick, das ihm widerfuhr, leitete er auf das Wüten allmächtiger Verfolger zurück, obwohl es doch auf der Hand liegt, daß die braunen Spitzel ihre Arbeit auf ganz andere Personen konzentrieren, als auf den unpolitischen Gelehrten Hellmund. Vergeblich versuchten Freunde immer wieder den seelisch zerbrochenen aus Verzweiflung und Angst zu lösen. Er fand keine andere Befreiung als den Tod den er sich selbst gab.

Der Philosoph Heinrich Hellmund, der einst das »Wesen der Welt« zu deuten unternahm, starb am Hereinbruch der großen Barbarei, mit der sich »abzufinden« ihm nicht gegeben war, und die aktiv zu bekämpfen es ihm an vitaler Kraft gebrach. Müde ging er den Weg ins Nichts. In den Tod gehetzt vom braunen Kulturhaß. Ein Selbstmörder — ja. Und dennoch: ein Gemordeter.

### Journalistenlos!

Ein Korruptionsfall und seine Folgen.

Aus Mitteldeutschland wird uns berichtet: Für das Winterhilfswerk des Kreises Oschersleben waren die städtischen Beamten Neumann und Treide beauftragt und Leiter. In ihrem Beruf bezogen die beiden kein besonders hohes Gehalt, aber sie führten trotzdem ein Leben in Saus und Braus, in dem Alkohol und Frauen eine große Rolle spielten. 1935 kauften beide schöne große Grundstücke und bauten sich darauf Villen. Obgleich die ganze Bevölkerung vermutete, daß hier mit dem Gelde des WHW unsauber manipuliert würde, sahen die verantwortlichen Stellen nichts. Der Arbeitslose Kujas war in der Kanzlei des WHW als Hilfskraft beschäftigt. Er kam durch Einsichtnahme in die Bücher, Belege und Listen darauf, daß Neumann und Treide mit den eingegangenen Geldern und Sachspenden nicht richtig umgingen und machte dem Kreisleiter der NSDAP und Bürgermeister von Oschersleben, Panicke, Mitteilung. Er wurde prompt wegen angeblicher Beleidigung der städtischen Beamten und Leiter des WHW auf ein halbes Jahr in das Konzentrationslager Dachau geschickt.

Die Beobachtungen Kujas und seine plötzliche Verschickung in das KZ sprachen sich jedoch bald herum, so daß die verantwortlichen Partei- und Behördenstellen eingreifen mußten. Eine Revision ergab einen baren Fehlbetrag in Höhe von 85.000 RM. Der Wert



# Deutsche Verlustlisten

## Merkwürdige Todesanzeigen im Inseratenteil

der verschobenen Lebensmittel, Kleidungsstücke usw. konnte überhaupt nicht festgestellt werden. Die Verfehlungen reichten bis 1935 zurück. Neumann wurde verhaftet. Treide floh und nahm sich in Magdeburg das Leben. Neumann wurde vor Gericht gestellt; und da das Gericht die Unterschlagung eines Barbetrages von 85.000 RM. und von nicht kontrollierbaren Sachpapieren feststellte, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

NSDAP-Kreisleiter und Bürgermeister Panicke wurde seiner Aemter enthoben und wegen Begünstigung angeklagt, aber wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Der Freispruch wurde damit begründet, daß er zur Zeit der Anzeige Kujas nicht wissen konnte, daß Neumann und Treide tatsächlich Unterschlagungen begangen hatten. Deshalb sei die Verschickung Kujas in das KZ mit Recht geschehen, denn die Aufgabe des Bürgermeisters und Kreisleiters der NSDAP sei es, die Beamten und Funktionäre vor Beleidigungen und Anschuldigungen zu schützen. Panicke wurde als »Stellvertreter« wieder in seine Aemter eingesetzt.

Ueber diese Tatbestände berichtete der Vertreter der »Magdeburger Zeitung«, Pätzold. Er kam in seinem Bericht zu der Schlußfolgerung, daß der Freispruch Panickes von der Bevölkerung nicht verstanden werde und die Wiedereinsetzung in die Aemter — wenn auch nur als Stellvertreter — sei erst recht kurios. Dieser Artikel wurde von der Presseprüfungsstelle Magdeburg zurückgehalten und durfte nicht veröffentlicht werden. Pätzold wurde die Pressekarte und das Recht, als Journalist zu wirken, entzogen. Einer Vorladung auf die Gestapo entzog er sich durch die Flucht, da er vorher in geheim informiert worden war, daß er ins Konzentrationslager überführt werden sollte.

## Hitler kürzt die Hemden

Vorne und hinten um 5 Zentimeter.

Die Hitlerregierung hat eine Anordnung erlassen, die jeden Satiriker vor Neid erblassen läßt. Der selbige Bracht, der Vater des berühmten Zwickelerlasses, würde sich schwer geschlagen finden, wenn er noch folgende Meldung lesen könnte:

»Der Wirtschaftsminister hat eine Anordnung des Führers der Industriegruppe »Männliche Unterkleidung« gebilligt, durch die

die Länge der Hemden vorn und hinten um 5 cm verkürzt wird. Diese Maßnahme erregt wenig Erstaunen, da die Aufmerksamkeit der Textilindustrie schon vor einiger Zeit auf die Tatsache gelenkt war, daß beträchtliche Rohstoffmengen durch eine Verkürzung der Männerhemden erspart werden könnten. Hemden nach Maß fallen nicht unter die neue Verordnung.«

Das deutsche Volk wird also künftig in zwei Klassen zerfallen, die Langhemden und die Kurzhemden. Die ersteren sind die besseren Leute vom Sturmbannführer aufwärts, die ihre Wünsche nach Maß anfertigen lassen, die letzteren bilden die ordinäre Plebs, die im Laden kauft. Das ist die Volksgemeinschaft.

Das aber ist die Autarkie: Die Butter wird weniger, die Hemden werden kürzer.

Und so wollen sie noch tausend Jahre weiterregieren!

## Die so beliebten Parteityrannen

Ein Gaujägermeister in Theorie und Praxis.

Auf der nun beendigten Internationalen Jagdausstellung in Berlin, die auch so illustre Gäste wie den Lord Halifax mit den Errungenschaften des Dritten Reiches bekannt machen durfte, war dem rheinischen »Gaujägermeister« Grafen Hoensbroech ein besonderes Referat im »Internationalen Jagdtrat« anvertraut worden, in dem er — vor allen diesen ausländischen Paragästen — über die segensreiche Wirksamkeit des Regimes im Feld des Waldmännchens sich zu verbreiten hatte. Dem Referat (wörtlich wiedergegeben in der amtlichen Fachschrift »Wild und Hund« Nr. 49) entnehmen wir die folgende Saftstelle:

»Wie auf vielen Gebieten, so trieb man auch auf jagdlichem Gebiet einer unvermeidlichen Katastrophe entgegen. Erst durch die Machtergreifung Adolf Hitlers und die von ihm bis in die letzte Konsequenz durchgeführte autoritäre Staatsform nach dem Führerprinzip wurde es ermöglicht, u. a. auch eine Jagdgesetzgebung zu schaffen, die das Uebel an der Wurzel packte.«

Es dürften freilich bis zum Jahre 1932 oder sogar noch 1933 nicht sehr viele Deutsche gelebt haben, die überhaupt von dieser »unvermeidlichen Katastrophe« auch nur das geringste wußten. Die »unvermeidliche

Seit einiger Zeit mehren sich in der nationalsozialistischen Presse Todesanzeigen, die einen ganz eigenartigen Charakter tragen. Wir geben nachstehend aus einigen willkürlich herausgegriffenen Zeitungsnummern aus den letzten Wochen einige dieser Anzeigen in ihren wesentlichsten Teilen wieder. So heißt es im »Völkischen Beobachter« vom 16. September:

In Ausübung seines Dienstes verstarb Parteigenosse Dr. Karl Heinz Müller, Reichshauptstellenleiter und SA-Standardenführer, Ortsgruppe Braunes Haus, Saupert, Ortsgruppenleiter.

Am 18. September meldete die »Westfälische Landeszeitung«:

Am Mittwoch, dem 15. September 1937, verstarb in Nürnberg unser lieber Kamerad SA-Obertruppführer Parteigenosse Wilhelm Arenz infolge Unglücksfalles. Er zog mit uns zum Reichsparteitag, um sich neue Kraft zu holen. Noch unter dem Eindruck des gewaltigen Geschehens und der von seinem Führer vernommenen Worte traf ihn nach Beendigung des Parteikongresses dieses tragische Geschick. NSDAP, Kreisleitung Dortmund, SA-Brigade 67.

Am 6. Oktober verkündete Herr Bohle höchstpersönlich im »Völkischen Beobachter«:

Am 2. Oktober dieses Jahres verstarb unerwartet der Parteigenosse Richard Eckermann, Amtsleiter in der Auslandsorganisation der NSDAP, Oberleutnant z. See d. R. In Richard Eckermann verliert die Auslandsorganisation der NSDAP einen alten treuen Mitkämpfer, der sowohl im Ausland wie in der Heimat seit vielen Jahren am Aufbau der AO mitgearbeitet hat. E. W. Bohle, Gauleiter der Auslandsorganisation der NSDAP.

Die gleiche Nummer des »Völkischen Beobachters« brachte folgende Anzeige:

Pflichtlich und unerwartet wurde am 4. d. M. unser Personaldienststellenleiter Pg. Max Feike durch einen schnellen Tod aus unserer Mitte gerissen. Ortsgruppe Charlottenburg-Nord der NSDAP.

Der »Völkische Beobachter« vom 16. Oktober brachte gleich zwei ähnliche lautende Todesanzeigen:

Am 14. Oktober 1937 wurde durch tragischen Unglücksfall einer unserer Besten, der Zellenleiter Parteigenosse

Katastrophe« war eben nur sichtbar für die, die als Grafen außerordentlich stark an ihr interessiert waren. Aber Katastrophe hin und Katastrophe her — wir möchten hier nur zur Debatte für Unvereinbarmen stellen, ob nicht jetzt das wirklich Katastrophale in Deutschland — auf dem Gebiete der Jagd wie auf allen anderen weniger romantischen Lebenszweigen — ganz andere Saiten aufzieht, als früher. Denn blättern wir in der zitierten Nummer von »Wild und Hund« weiter, so finden wir den »Gaujägermeister« Grafen Hoensbroech noch einmal als Autor vertreten, und zwar mit der folgenden, wortgetreu wiedergegebenen Bekanntmachung:

»In der letzten Zeit mehren sich die anonymen Zuschriften an mich und an das Stabsamt, in welchem Kreisjägermeister, Hegeringleiter und andere Mitglieder der Deutschen Jägerschaft angeschuldigt und in der übelsten Weise mit Schmutz beworfen werden. Da es mir leider nicht möglich ist, diesen anonymen Helden, die aus dem Hinterhalt ihre vergifteten Pfeile schließen, direkt zu antworten, sei ihnen hiermit mitgeteilt, daß ich grundsätzlich jedes anonyme Schreiben dem Papierkorb einverleihe. Wer nicht den Mut hat, mit seinem Namen für seine Behauptungen einzustehen, wird von mir keines Blickes gewürdigt. Da aber die Anschuldigungen, die auf diese feige Art erhoben werden, durchweg erlogen sind, warne ich die anonymen Schreiber, ihr Treiben fortzusetzen. Wenn es mir gelingt, einen solchen Schreiber zu ermitteln, werde ich gegen ihn unmissverständlich vorgehen und ihn der Verachtung aller anständigen Menschen ausliefern.«

Graf Hoensbroech,

Gaujägermeister Rheinland-Nord.«

Vorausgesetzt, man ist nicht gerade Lord Halifax, könnte man nunmehr allerdings meinen, daß die »unvermeidliche Katastrophe« bedenklich da ist, und zwar ist es auch nicht schwer, der Erscheinung auf den Grund zu kommen, da sie der braune Graf ja selbst klar genug bezeichnet hat: Denn irgendwie muß ja doch wohl »die bis in die letzte Konsequenz durchgeführte autoritäre Staatsform nach dem Führerprinzip« aus Deutschland einen solchen Fuchsbau gemeiner Gehässigkeit und niedrigen Angebertums gemacht haben!

Heinrich Jordan aus unseren Reihen entlassen. Bombach, Kreisleiter, Wilde, Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Weißensee.

Im Dienste der Bewegung wurde durch einen Kraftwagenunfall Obertruppführer Heinrich Lange unseren Reihen entlassen. NSKK Motorsturm 22/M 28.

Ähnlich lautet auch die Anzeige im »Völkischen Beobachter« vom 21. Oktober:

Auf dem Wege zu einer motorsportlichen Veranstaltung verunglückte tödlich am 17. Oktober 1937 der Obrtruppführer Robert Gruschke, Motorsturm 14/M 29. NSKK Motorstaffel II/M 29. Es sind durchwegs hohe Nazi-Funktionäre, die hier »unerwartet verstarben« oder »verunglückten«. Ueber die Ursachen ihres plötzlichen Todes kann man nur Vermutungen anstellen. Das gleiche gilt auch von der nachstehenden Anzeige im »Völkischen Beobachter« vom 29. Oktober:

Nachruf! Am 21. Oktober 1937 sind der Diplom-Ingenieur Waldemar Wehrmann und am 24. Oktober 1937 der technische Angestellte, Herr Otto Scherbarth plötzlich verschieden. Berlin, den 29. Oktober 1937. Reichsautobahnen, Oberste Bauleitung Berlin.

Dagegen sprechen die nachfolgenden Anzeigen aus dem »Völkischen Beobachter« vom 23. und 29. Oktober eine völlig eindeutige Sprache, die auch für die Mitglieder des Londoner »Nichtekommunikationsausschusses« von Interesse sein dürfte:

Im Dienste des Vaterlandes wurde uns heute unser geliebter Sohn Franz Krohn, Gefreiter und Flugzeugführer im Jagdgeschwader 234, durch den Tod entlassen. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen Grete von Diergardt geb. Heyer, Albert Krohn, Bornheim und Köln, den 20. Oktober 1937.

Am 25. Oktober 1937 starb in treuer Pflichterfüllung den Fliegertod für Führer und Reich, Obergefreiter Fritz Biäske, II./Kampfgeschwader 153, Exas, Oberleutnant und Kommandeur.

Ebenso eindeutig sind die folgenden Inserate aus dem »Völkischen Beobachter« vom 23. bis 28. November:

Am Montag, dem 22. November 1937, fand Leutnant Heinz Hüholt in pflichttreuer Ausübung seines Dienstes den

Fliegertod. Das Offiziers-Korps der Jagdgruppe I/131.

In Ausübung seines Dienstes starb den Fliegertod der Flugbauführer Karl Schröder. Die Erprobungsstelle betrauert in ihm einen besonders wertvollen Mitarbeiter. v. Schoenebeck, Major und Kommandeur der Erprobungsstelle der Luftwaffe.

In Ausübung seines Berufes starb den Fliegertod am 23. November mein Sohn, unser Bruder und mein Verlobter Otto Freiherr von Medem, Flugzeugführer und Referent an der Erprobungsstelle der Luftwaffe. Im Namen der Hinterbliebenen Alecca-Maria Freifrau von Medem, Adrienne von Szankowski.

Am 26. November 1937 starben in treuer Pflichterfüllung den Fliegertod Flugkapitän Walter Bayer, Funkermaschinist Franz Keibl, Flugzeugfunker Hans Petersen. Wir stehen tieferschüttert an der Bahre dieser uns so plötzlich in Ausübung ihres Berufes entrisenen hervorragenden Besatzung, der wir stets ein ehrendes Gedenken bewahren werden. Betriebsführung und Gefolgschaft der Deutschen Lufthansa Aktiengesellschaft.

In der gleichen Zeit vom 23. bis 28. November meldete der »Völkische Beobachter« noch folgende »Unfälle im Dienst«:

Am 18. November 1937 verunglückte tödlich der Scharführer Dr. Julius Boehm, Motorsturm 23/M 29. NSKK Motorsturm 23/M 29.

Durch einen Unfall im Dienst wurde uns der Parteigenosse Hans Mantel entlassen. Ortsgruppe Zehlendorf der NSDAP.

Infolge Unglücksfalles verstarb plötzlich unser Mitarbeiter Pg. Max Salzmann, NSDAP, Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt.

An den Folgen eines Unfalles starb am 25. November 1937 unser langjähriger Werkmeister und Kamerad Albert Vogt, Flugtechnische Fachgruppe an der Technischen Hochschule Berlin.

Das alles ist, wie schon gesagt, keineswegs eine Aufstellung, die den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern nur eine kleine Stichprobe von dem, was das spanische Abenteuer und die Kriegsspielerlei daheim an Menschenleben kostet.

## Bekennermut!?

Alle sagen: »Demokratie!«

Es gibt keine Diktaturen mehr. Mussolini befragt das Volk vom Balkon aus, ob Italien aus dem Völkerbund austreten soll. Und Hitler — wie kann man Hitler einen Diktator nennen? Auch er hat in zwei Volksbefragungen die erdrückende Mehrheit der Ja-Stimmen erreicht, ohne jeden Wahlkampf der Opposition, ohne daß ihre Stimmen richtig gezählt zu werden brauchten und trotzdem der Neinsager höchstens ein bißchen Konzentrationslager riskierte. Und so durfte denn Frick in einem Vortrag der Schwedisch-Deutschen Vereinigung in Stockholm erklären:

»daß in Deutschland eine neue Demokratie geschaffen worden sei, eine Demokratie des Vertrauens zu einer starken, vom Volkswohl beherrschten, wahrhaften Führung. Nichts sei falscher als diese Führung als Regierungsdiktatur zu bezeichnen.«

Denn Führer und Diktator »gehören zwei grundverschiedenen Welten an«, schrieb jüngst der »Fridericus« und es liege böswillige Absicht vor, wenn man »in zwei Kreisen des Auslands immer wieder den Führerstaat mit Diktatur verwechselt...«

Dieser Bekennermut der Nazis, diese Verfälschung aller Begriffe ist nicht von heute und gestern, aber das Schindluderspiel mit dem Begriff Demokratie wird drüben neuerdings mit besonderem Eifer betrieben. Der Eifer hängt zusammen mit der wachsenden Sehnsucht der deutschen Volksmassen nach den geraubten demokratischen Grundrechten, nach der Freiheit von ehemals.

Es gab einmal den aufgeklärten Absolutismus, der die rationalistische »Aufklärung«, die freie Forschung in begrenzten Kreisen und für begrenzte Kreise, erlaubte. Das kann sich der moderne Despotismus nicht gestatten, weil seine Untertanen lesen gelernt haben. Dafür erlaubt der aufgeklärte Diktator, Demokratie und Führerstaat statt Diktatur zu sagen. Der Liberalismus ist so tot, daß kein Diktator mehr ohne liberalistische Terminologie auskommt.

## Auch Münzenberg!

»Mit den Kräften der Volksfront nicht verbunden.«

Die kommunistische »Deutsche Volkszeitung« hat den Kampf gegen Willi Münzenberg aufgenommen. In ihrer neuesten Nummer kritisiert sie zwei von ihm herausgegebene Bücher — »Der Untergang von Prag« und »Das neue deutsche Heer« von B. Jacob — außerordentlich scharf, um dann folgende allgemeine Bemerkungen hinzuzufügen:

»Man fragt sich, wie es möglich ist, daß Machwerke, wie die beiden genannten unter der Verantwortung von Willi Münzenberg erscheinen konnten. Sie wurden von Willi Münzenberg ohne Wissen und ohne Zustimmung der Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, die sie nach ihrem Erscheinen scharf kritisierte und ablehnte, herausgegeben. Es ist klar, daß bei einer Beratung dieser Probleme mit leitenden Funktionären der KPD solche Bücher niemals erschienen wären. Die in diesen Büchern enthaltenen Tendenzen sind ein Ausdruck von Depressions- und Kapitulationsstimmungen. Sie schlagen den spanischen Erfahrungen ins Gesicht, insbesondere denen von Madrid, das im November 1936 auch von einigen Panikmachern bereits »aufgegeben« war. Diese Bücher verraten Unglauben an die Gegenkräfte, sie sind defaitistisch gegenüber der antifaschistischen Freiheitsbewegung und ohne eine Spur von revolutionärem Defaitismus (?) gegenüber Hitler. Sie zeigen ebenso, wie das in der DVZ bereits ausführlich besprochene Buch Münzenbergs »Propaganda als Waffe«, daß ihr Herausgeber mit den Volksfrontkräften im Lande nicht verbunden ist.«

Es ist keine ernsthafte, verantwortungsvolle, wirkliche antifaschistische Propaganda, die W. Münzenberg mit diesen schlechten und gefährlichen Büchern treibt, sondern sie zeugen von einer billigen und unernsten Sensationshascherei. Sie machen Propaganda zu einer Waffe zum Selbstmord. So kann und darf aber der Kampf gegen die Kriegsgefahr nicht geführt werden! So erleichtert man nur die Propaganda unserer Feinde.«

Diese öffentliche Kritik bestätigt, daß der Bruch zwischen der Kommunistischen Partei und ihrem rührigsten Propagandisten vollzogen ist.



# Ludendorff

Das Ende eines Diktators.

Von den Diktatoren des Deutschen Reichs war der verstorbene Erich Ludendorff der kurzlebige. Während Bismarck zwanzig Jahre lang regierte, Wilhelm II. sogar noch länger, war Ludendorff nur zwei Jahre lang, vom August 1916 bis September 1918 der bestaunte Führer und tatsächliche Gebieter Deutschlands.

Im Felde war er ein bedeutender Heerführer. In der Politik war er ein aufgeregter Dilettant und schließlich ein vollkommener Narr.

Durch die Unabhängigkeitserklärung Polens zwang er Rußland zum Verzweiflungskampf an der Seite der Entente; jeden, der einen rechtzeitigen Frieden wollte, hielt er für einen Landesverräter. Er setzte den unbeschränkten U-Boot-Krieg durch und trieb damit Amerika in den Krieg. Mit dem Frieden von Brest-Litowsk lieferte er das Muster für den Frieden von Versailles. Als sich die Kriegslage zu Ungunsten Deutschlands wendete, verlor er den Kopf und erzwang gegen den Willen der Zivilregierung die überstürzte Waffenstillstandsbitte, mit der sich Deutschland auf Gnade und Ungnade den Siegern ergab. Als er dann begriff, was er angerichtet hatte, wollte er es nicht gewesen sein, er fand die militärische Lage gar nicht so schlecht und griff begierig nach der Dolchstoß-Lüge zu seiner und seiner Mitschuldigen Rettung.

Als er Bethmann gestürzt hatte, wußte er ihn nicht anders zu ersetzen als durch den kümmerlichen Michaelis, tat dann aber auch nicht das geringste, um ihn zu halten. Im Herbst 1918 forderte er an Stelle des halbparlamentarischen Hertling eine ganzparlamentarische Regierung und wurde damit zum Initiator der »vierzehn Jahre der Schmach«. Die Gefahr der inneren Lage überschätzend und die Gutmütigkeit seiner Gegner unterschätzend, reiste er unter falschem Namen nach Schweden, um bald wieder beruhigt heimzukehren. Dann wurde er Putschist.

In einem Gespräch mit einem sozialdemokratischen Stadtrat aus Homburg von der Höhe bekannte er sich am 13. März 1920 als Urheber des Kapp-Putsches. Dieser Stadtrat war ahnungslos nach Berlin gekommen und suchte im Trubel des Putsches eine Stelle, von der aus er nach Hause telefonieren konnte. Man wies ihn in das Reichsmarineamt. Dort machte Ludendorff höchstpersönlich einen Versuch, ihn für den Putsch zu gewinnen. »Sehen Sie«, sagte er, »wir haben Herrn Kapp zum Diktator gemacht, weil er ein Mann mit eisernen Nerven ist. Zeigen Sie mir einen solchen Mann aus Ihren Reihen, und wir machen es auch mit ihm.«

Ein wenig gewitzigt durch die ungeheure Blamage, hält er sich drei Jahre später von der Vorbereitung des Hitlerputsches fern. Aber wie es so weit ist, kann er sich doch nicht enthalten, von der verbotenen Frucht zu naschen. Er läßt sich in den Bürgerbräukeller holen und sich von Hitler, dem neuen »Leiter der Reichsregierung« zum »Führer der Armee« proklamieren. Vor Gericht spricht er die bedeutenden Worte: »Man sieht in mir Tannenberg« — und wird freigesprochen! So schwach und krank war die Republik schon damals, daß sie ihre Todfeinde ruhig gewähren lassen mußte! In Berlin regierte Stresemann, in Bayern Kahr, — sie haben ihren Lohn dahin: der erste wurde noch nach seinem Tode verfeimt, der zweite als siebzigjähriger Greis am 30. Juni 1934 erschlagen.

Ludendorff übernahm, während Hitler bei Torte und Wein in Landsberg als »bayrischer Gefangener« saß, die Leitung der, wie es schien, hoffnungslos zerfallenen Partei. Er ließ sich auch in den Reichstag wählen, wo er einige wenige Male die Rolle des steinernen Gastes spielte, in der Hauptsache sich aber darauf beschränkte, seine Diäten zu beheben. Damit hat er die Funktion eines Reichstagsabgeordneten des Dritten Reiches schon in der Republik vorweggenommen.

Populär war er nie. Bei der Reichspräsidentenwahl von 1925 schnitt er als Kandidat Hitlers mit ganzen 200.000 von 25 Millionen Stimmen kläglich ab, und mit Bitterkeit erlebte er es, daß die militärische Puppe Hindenburg im zweiten Wahlgang mit fast 15 Millionen Stimmen siegte. Seitdem hat er den Alten ehrlich gehaßt; er nahm seine Rache, indem er die Korruption von Neudeck enthüllte.

Aber seine politischen Mißerfolge machten ihn nur immer schrullhafter. Unter dem Einfluß seiner verstorbenen Gattin verfiel er sich in Theorien, die die Welt an seinem gesunden Verstand zweifeln ließen, und seine Verbitterung machte ihn zum Feind aller Welt.

Auch Hitlers! Ludendorff hat Hitler gekannt, er war jahrelang durch gemeinsames

# Sowjetrussische Wirklichkeit

Standrecht stärker als Wahlrecht!

Als vor etwas mehr als einem Jahr, am 5. Dezember 1936, Stalin unter großem Propaganda-Aufwand eine neue Verfassung oktroyierte, die »demokratischste der Welt«, da regten sich auch wieder in sozialistischen Kreisen gewisse Hoffnungen. Sollte das nicht den stets erhofften, stets enttäuschten Schritt zu einem Abbau der Diktatur nach der von Stalin immer wieder behaupteten Verwirklichung des Sozialismus darstellen? Sollte jetzt nicht jener Uebergangszustand der angeblichen »Diktatur des Proletariats«, die aus der terroristischen Herrschaft einer Partei längst zu der persönlichen, unumschränkten Herrschaft eines einzelnen degeneriert war, dem Selbstbestimmungsrecht in der sozialistischen Demokratie weichen? Die Klassen waren doch gründlich vernichtet, die wenig entwickelte russische Bourgeoisie blutig ausgerottet, die Kulaken »liquidiert« und die Bauern nach Aufhebung ihres Privateigentums in den Kollektiven zusammengefaßt. Die »sozialistische« Produktion hatte zudem angeblich riesige Fortschritte gemacht, die Lebenshaltung war angeblich in stetigem Fortschritt, und das russische Volk, mit neuer Lebensfreude erfüllt, stand geschlossen zu dem Regime und seinem begeistert verehrten Führer.

Die Sozialisten, die so dachten, mußten sich um so mehr an diese Hoffnung klammern, da zunächst kaum eine andere Aussicht für einen friedlichen Abbau der Diktatur als die Einsicht des Diktators selbst geblieben war. Denn wie in Deutschland, wie in Italien war in Rußland längst jede Möglichkeit politischer Organisation und Meinungsbildung unterdrückt, die Presse gleichgeschaltet, und jede politische oppositionelle Regung mit Kerker und Konzentrationslager bedroht. Die Massen waren längst atomisiert, jeder politischen Bewegungsfreiheit beraubt und die kommunistische Partei selbst jeden politischen Charakters entkleidet, immer wieder »gereinigt«, bis sie zu einem bedeutungslosen Anhängsel des Stalinschen Herrscherapparats geworden war. Träger eines ausichtsreichen Kampfes um Fortbildung des zur persönlichen Alleinherrschaft erstarrten Systems waren nicht sichtbar, und so mußten die, die nicht in der Despotie eines einzelnen, in der Zwangswirtschaft und in der Beseitigung der persönlichen Freiheit den Sinn der geschichtlichen Entwicklung zu sehen vermögen, auf den aufgeklärten Diktator hoffen wie einst manche Enzyklopädisten ihre Hoffnung auf den aufgeklärten Monarchen setzten, unbekümmert um die enttäuschende Lehre, die ihnen der »aufgeklärte« Absolutismus längst erteilt hatte und die einfach darin besteht, daß noch nie in der Geschichte ein Diktator freiwillig abgedankt hat.

Es ist freilich merkwürdig, daß diese Hoffnung überhaupt aufkommen konnte, denn Lassalles Unterscheidung von der geschriebenen und der wirklichen Verfassung gilt schließlich auch für Rußland. Stalin hatte in seiner Konstitution alle schönen Prinzipien über Wahlfreiheit, Schutz der Persönlichkeitsrechte usw. hineingeschrieben und selbst die Wahrung des Postgeheimnisses nicht vergessen. Aber die wirklichen »Stücke der Verfassung« waren sein militärischer und bürokratischer Herrschaftsapparat, seine GPU mit ihrer schrankenlosen Gewalt über Leben und Tod des einzelnen Untertanen, ihren Gefängnissen und Konzentrationslagern, seine absolute Wirtschaftsmacht, die dem einzelnen Arbeit oder Arbeitslosigkeit, Höhe des Einkommens und Ausmaß der Vergünstigungen zwies. Und deshalb konnte eigentlich von Anfang an kein Zweifel bestehen: Stalins neue Verfassung war nichts anderes als der Versuch,

die Sowjetdemokratie zur Höhe der Hitlerdemokratie zu erheben. Um nichts anderes konnte es sich handeln, als daß Stalin seine Alleinherrschaft nicht mehr allein ableiten wollte von der »Diktatur des Proletariats« oder von der einer in Wirklichkeit gar nicht mehr existierenden kommunistischen Partei, sondern die bestätigt haben wollte von dem, durch Gleichschaltung, Unterdrückung und Terror erzwungenen Plebiszit der durch die Diktatur atomisierten Masse des russischen Volkes in seiner Gesamtheit.

Eines haben freilich auch die größten Skeptiker und schlimmsten Pessimisten nicht voraussehen können: daß dieses Jahr von der Verkündigung der Verfassung bis zur Vornahme der Wahlen ausgefüllt würde mit einem Terrorismus, mit einer blutigen Ausrottung aller Stalin nicht blind ergebenden oder gar verdächtig erscheinenden Personen, von einer Wildheit, vor der auch die terroristischen Maßnahmen der Bürgerkriegsjahre verblasen. Was die Verfolgungen Stalins von allen vorangehenden unterscheidet, ist, daß sie sich gegen die Bolschewiki selbst richteten. Nicht nur ist Trotzki, mit Lenin der Urheber der bolschewistischen Revolution, der Organisator der Roten Armee und damit des Sieges im Bürgerkrieg, in scheußlicher, bewußt verlogener Weise diffamiert und aus allen seinen europäischen Exilen verjagt worden, nicht nur sind die engsten und ältesten Kampfgenossen Lenins, die Sinowjew, Kamenew, Karachow, Piatakow, Bucharin und hunderte andere ermordet oder im Gefängnis, es sind auch viele, viele tausende Mitglieder der kommunistischen Partei getötet, eingekerkert, in die Konzentrationslager von Sibirien oder Turkestan gebracht worden. Die Bolschewiki sind restlos vernichtet, ihre Existenz gehört nur noch der Geschichte an. Und das gleiche gilt von der Kommunistischen Partei Rußlands, die aufgehört hat, irgendwelche politische Funktionen zu erfüllen, die restlos absorbiert ist von dem Machtapparat des Diktators, der nicht mehr ihr Exponent ist, sondern ihr Herr. Es klingt paradox, es ist aber Wirklichkeit: Kommunisten gibt es heute nur außerhalb Rußlands. Sie sind in verzweifelter, hoffnungsloser Opposition zu Stalin.

Aber die Vernichtung der Bolschewiki reichte Stalin für die Befestigung seiner Alleinherrschaft nicht aus. Zugleich nahm er die Reinigung seines Machtapparats vor, um auch aus diesem alle zu entfernen, die ihm gefährlich werden konnten. Die Generalität wurde gesäubert, gerade die angesehensten und fähigsten Führer getötet; die Zahl der getöteten und eingekerkerten Wirtschaftsleiter geht in die tausende; neuerdings erfaßt die Reinigung die Sowjetdiplomatie und die bisherigen Leiter der Außenpolitik, der Litwinow ergeben zusehen darf.

Das Ausmaß der Morde, die völlige Unberechenbarkeit und Willkür der Verfolgungen, denen die Spitzen des Militärs, der Verwaltung und der Wirtschaft ebenso wie alle einzelnen ausgesetzt sind, muß eine Schwächung und gefährliche Verwirrung der ganzen Staats- und Wirtschaftsorganisation Rußlands zur Folge haben. Und dies in einem Augenblick, in dem die außenpolitischen Gefahren in so bedrohlicher Weise zugenommen haben. Die geringe Aktivität, die die neueste Phase der russischen Außenpolitik charakterisiert, ist ein deutliches Anzeichen der innerpolitischen Schwierigkeiten, die Stalins Diktatur geschaffen hat. Es ist ein wahrhaft tragisches Verhängnis, daß in einem Augenblick, wo die Stärke Rußlands als wirksamer Friedensfaktor am notwendigsten wäre, Stalins Gewaltpolitik das Gewicht, das Rußland in

der Außenpolitik besitzt, in dem Urteil des Auslandes, mag es mehr oder weniger gerechtfertigt sein, so stark herabgesetzt hat.

Die unabsehbare Folge der Morde, Einkerkierungen und Verschickungen, das war Stalins »Wahlkampf«, ein Wahllampf ganz anderer Art, als ihn manche bei der Ankündigung der »freiesten Verfassung« erwartet haben. Aber er war erfolgreich, und der Wahntag, der 12. Dezember, hat Stalins »Triumph« besiegelt. Wie in Deutschland nur eine Liste, so gab es in den russischen Wahlkreisen nur einen Kandidaten. Wie in Deutschland gab es eine »Wahl«, aber kein Wählen. Wie in Deutschland bedeutete die Wahlenthaltung oder die Neinstimme Existenzgefährdung. Die Propaganda war dieselbe wie in Deutschland und das Resultat das gleiche: 95 bis 99 Prozent gingen zur Wahl und wählten den einzigen, vorgeschriebenen Kandidaten. Stalin ist es gelungen, bis auf den Prozentsatz genau die Gleichheit seiner mit der Hitlerverfassung zu beweisen! Das Resultat: der russische oberste Nationalrat wird an politischer Selbständigkeit und politischer Eigenbetätigung dem Hitlerreichstag genau gleichen.

Eine Illusion, die lange in den Köpfen von Sozialisten spukte, ist aber nun voll erledigt: die Illusion von der »vorübergehenden« Diktatur. Danach sollte die Diktatur nur ein kurzer Uebergang zur Brechung des Widerstandes der Gegner sein, dem dann rasch die Wiederherstellung der Demokratie, ja erst die Schaffung der wahren Demokratie folgen sollte. Jetzt schreibt die »Humanité«, das Pariser Stalinorgan, wobei recht wohl ein Göbbelsartikel über die letzte deutsche Reichstagswahl als Unterlage gedient haben mag:

»Diese Sowjetwahlen sind die demokratischsten der Welt... Die weiteste und wahrste Demokratie war bei der Aufstellung der Kandidaten und bei deren Wahl maßgebend... Da das Sowjetvolk weiß, daß es sein Glück, seine Unabhängigkeit, seine Freiheit (!) der Partei Lenins und Stalins verdankt, hat es nicht für notwendig (!) gehalten, verschiedene Kandidaten auf die Listen zu setzen.«

Man erkennt die neueste »kommunistische« Theorie, Diktatur und Terror waren zur Verwirklichung des Sozialismus angeblich unumgänglich. Da aber in Rußland jetzt der Sozialismus verwirklicht ist, es keine Klassen mehr gibt, so sind auch verschiedene Parteien, also verschiedene Kandidaten, also wirkliche Wahlen überflüssig. Die wahre Demokratie besteht also in der Erhaltung der Diktatur, in dem Plebiszit der gewaltsam gleichgeschalteten Masse für den Diktator. Die Diktatur wird so zum Dauerzustand gerade nach der »Verwirklichung des Sozialismus« proklamiert. Ebenso wie die Bolschewiki nach ihrer restlosen Ausrottung, der »Humanité« zufolge, ihren größten Triumph feiern, feiert die ausgerottete Demokratie in der Bestätigung der Diktatur ihren größten Sieg.

Mit der russischen Wahlkomödie wird in Wahrheit nur die alte geschichtliche Erfahrung neu bestätigt, daß eine vorübergehende Diktatur, die sich selbst aufhebt, nicht gibt und nicht geben kann. Ein Kompromiß zwischen Knechtschaft und Freiheit bleibt auch vorübergehend unmöglich. Die Verknechtung kann nicht Mittel der Befreiung sein. Verlorene Freiheit läßt sich nur im Kampf gegen die Diktatur, die sich ihren eigenen Machtapparat geschaffen hat und nie freiwillig auf ihn verzichtet, wieder erringen, gleichgültig unter welchem wirtschaftlichen Vorwand und unter welcher sozialen Etikette die Diktatur errichtet worden ist.

Schicksal mit ihm verbunden, doch liegt nicht das geringste Anzeichen dafür vor, daß er ihn jemals geschätzt oder auch nur geachtet hätte. Umgekehrt machte Hitler große Anstrengungen, um Ludendorff zu gewinnen, aber der blieb verblissen und verstockt.

Militärwissenschaftler mögen entscheiden, ob ein Mann, der außerhalb seines Berufs nie ein Zeichen von Klugheit gegeben hat, ein genialer Feldherr gewesen sein kann. Als Politiker war Ludendorff erst ein großer Unheilbringer, dann nur noch eine komische Figur. Aber, das soll an seinem Grabe gesagt werden, daß er zweimal in seinem Leben Mut gezeigt hat: das einmal vor der

schließenden Landespolizei in München, und das andere Mal vor dem »Gerichtsherrn« des 30. Juni. Wo andere auf dem Bauche lagen, stand er.

## Worauf rutscht ein deutscher Mann?

Laut »Frkfr. Ztg.« Nr. 619 hat der Strafsenat des Oberlandesgerichts Köln entschieden, es sei eine strafbare Beleidigung, wenn einer jemandem zurufe: »Du wirst noch auf den Knien zu mir rutschen.«

»Denn«, so heißt es in der Begründung, »ein deutscher Mann rutscht nie und un-

ter keinen Umständen auf den Knien. Wer eine derartige Bemerkung einem andern gegenüber macht, mutet ihm etwas Undeutsches zu und kränkt ihn damit in seiner Mannesehre.«

»Rutscht nie und unter keinen Umständen auf den Knien...«, die doppelte Verneinung ist melodramatisch auf Kosten der Syntax. Es könnte dem hochdeutsch Sprechenden so scheinen, als dürfe der deutsche Mann eventuell noch gerade rutschen, nur, wenn schon, dann bestimmt nicht auf den Knien. — Im übrigen ist auch die ganze Welt der Auffassung, daß heute in Deutschland kein Mann mehr auf den Knien rutscht.



# Sklavenvölker können nicht siegen

## Eine Stimme der legalen Opposition

Die »Frankfurter Zeitung« hat noch vor etwa zwei Jahren eine wenn auch sehr gemäßigte Kritik an der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches geübt. Sie hatte damals den Farbentwurf hinter sich, dem die Absperrung vom Weltmarkt und die Ueberbürokratisierung ein Dorn im Auge waren. In dem Maße, wie der Farbentwurf in den Dienst von Ersatzstoffherstellung und Vierjahresplan gestellt wurde und so an das Geschick des Dritten Reiches sein eigenes geknüpft hatte, ward die »Frankfurter Zeitung« aus einem wenn auch sehr verschüchterten Kritiker des Regimes zum prominentesten Preisfechter seiner Außenpolitik. Die Rolle des Kritikers an der staatlichen Wirtschaftspolitik übernahm der »Deutsche Volkswirt«, der unter Schachts Patronat stand. Seitdem Sobach in die Ecke gestellt ist, ist die kritische Stimme des »Deutschen Volkswirt« verstummt. Er ist in die Einheitsfront der Presseorgane eingereiht, die nur die Aufgabe haben, die Blößen der staatlichen Wirtschaftsführung zu verdecken und die gewaltige Fehlinvestitionen des Vierjahresplanes als Ausfluß höchster ökonomischer Weisheit zu preisen.

Aber wenn auch der Kreis der Kritikinstanzen immer enger wird, so sind sie doch noch nicht ganz aus der Welt verschwunden. Sie haben sich aus der großen Presse in die vielgelesene Fachpresse und nunmehr aus dieser in eine wissenschaftliche Fachzeitschrift zurückziehen müssen, deren Leserkreis kaum über den engen Zirkel der Fachgelehrten hinausreicht. Es ist die Zeitschrift »Finanz-Archiv«, die es übernommen hat, wieder zu Ehren zu bringen, was man im Dritten Reich als Liberalismus bezeichnet, und die Gefahren der staatlichen Bevormundung aufzuzeigen. Es ist auch diesmal wieder der einstige Preiskommissar und Leipziger Oberbürgermeister Gördeler, dessen Kampf gegen Windmühlensfingel vor etwa Jahresfrist im »Deutschen Volkswirt« begann und der sich nun auf ein anderes allerdings noch weniger aussichtsreiches Kampffeld hat zurückziehen müssen. In seinem Artikel »Die Organisation der Wirtschaft« (»Finanz-Archiv«, 1937, Band 5, Heft 3) heißt es:

»Wir sind nun endlich so weit gekommen, daß wir alles und jedes nachprüfen und uns davon das Heil versprechen. Wir haben dabei nur vergessen,

**daß ewige Vormundschaft alles Reifen hemmt**

und schließlich jede Verantwortung tötet. Die Folge kann nur sein, daß schließlich der zu Prüfende beginnt, den Prüfenden bei jeder Handlung vorher um seine Meinung zu fragen. Die Verantwortung geht also von dem Geprüften auch sachlich auf den Prüfenden über. Das Prüfungswesen beißt sich in den Schwanz wie eine in der Falle gefangene Maus. Denn in diesem Zeitpunkt müßte die Ueberprüfung der Prüfung einsetzen... Der Staat ist nicht dazu da, alle Handlungen und Lebensbetätigungen seiner Bürger zu überwachen. Er soll diese Lebensbetätigungen laufen lassen. Er soll ihnen die notwendige Ordnung setzen, und soll Uebeltäter fassen. Aber er soll nicht jedes von der Wiege bis zur Bahre begleiten.«

Das läßt an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig. Dr. Albrecht Forstmann reitet eine scharfe kritische Attacke gegen Keynes' letztes Buch »Arbeitslosigkeit und Beschäftigung«, seine nationalsozialistischen Anhänger und die praktische Anwendung, die die Keynes'sche Inflationstheorie im Vierjahresplan findet. Er schreibt:

»Wenn die Politik weiterhin aus außerwirtschaftlichen Erwägungen heraus vom Weg wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abzuweichen gewillt ist, so ist das einzig und allein ihre Sache und unterliegt ebenso wenig dem Urteil und der Kritik der Wirtschaft, wie es ihre Aufgabe sein kann, außerwirtschaftliche Maßnahmen wirtschaftswissenschaftlich zu vertreten. Ihr unterliegt nur die Feststellung der wirtschaftlichen Grenzen solchen Handelns, deren Ueberschreitung auch die Erreichung der politischen Ziele auf die Dauer unmöglich machen würde und die daher auch der Staatsmann als Wahrer des Gesamtinteresses der Nation zu beachten hat.«

Er kennzeichnet dann die nationalsozialistische Wirtschaftslenkung als

**Verbrauch materieller Reserven, die einen Verbrauch seelischer Reserven nach sich ziehen muß**

und daher nicht einmal geeignet ist, das Ziel zu erreichen, um dessentwillen die Gesichtspunkte wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit vernachlässigt werden, die wirksame Vorbereitung des Krieges und Sieges:

»Die besondere Gefahr einer lediglich an Symptomen ausgerichteten Krisentherapie ist dann besonders groß, wenn sie ohne Veränderung der strukturellen Gegebenheiten im Sinne einer Besserung, zum Zwecke rein vorübergehender Erfolge die objektiven Produktionsvoraussetzungen wie solche beispielsweise auch durch Rohstoffvorräte,

geldliche Reserven intervalutarischer Art usw. gekennzeichnet sind, verbraucht, denn wenn die objektiven Voraussetzungen des Produzierens und Investierens nicht mehr vorhanden sind, dann ist eine Produktion ebenso wie auch eine Investition nur noch in Abhängigkeit vom guten Willen des Auslands möglich, unberücksichtigt die Tatsache, daß ein solcher Verbrauch materieller Reserven in seinen Folgen auch zu einer starken Beanspruchung ethischer, seelischer und ähnlicher Reserven führt, also der psychologischen Reserven, die von nicht geringerer Wichtigkeit sind als die materiellen.

Der Verbrauch solcher Reserven reduziert die Kriegsbereitschaft der Nation in vielerlei noch stärkerem Umfang als ein Verbrauch materieller Reserven dies tun würde, denn im Krieg kommt es letzten Endes gar nicht nur darauf an, daß Waffen und wirtschaftliche Reserven vorhanden sind, sondern es kommt darauf an, hinter allem die Nation mit ihrem ganzen Willen, mit ihrem ganzen Herzen steht. Wirtschaftliche Reserven können gegebenenfalls ersetzt werden, seelische aber niemals.«

Schließlich zitiert er Hitler als Kronzeugen dafür, daß man mit einem Volk, das durch Terror regiert wird, keinen Krieg gewinnen kann und erinnert an eine seiner Reden, in

## Der verschlossene Umschlag

Eine geheime Volkszählung mit Falltreppen

Am 17. Mai 1938 wird im Dritten Reich eine Volkszählung stattfinden. Zum erstenmal ist auch eine Abstammungskarte auszufüllen, die in einem besonderen verschlossenen Umschlag eingereicht und auf der die Frage beantwortet werden soll: »War oder ist einer der vier Großeltern der Rasse nach Volljude?« Wer bis jetzt noch — als reiner Privatmann — durch die Maschen der deutschen Rassefängerei schlüpfen konnte — diesmal muß er ins Garn gehen, diesmal gibt es kein Pardon. Mit dem »verschlossenen Umschlag« hat es allerdings eine besondere Bewandnis. Die Zählunglisten gehen gewöhnlich durch die Hände der Hausmeister. Zwar geniert man sich sonst gar nicht, Juden und Mischlinge in aller Öffentlichkeit und mit voller Namensnennung zu höhnen, aber bei dieser speziellen Gelegenheit könnte leicht herauskommen, wie viele in Amt und Würden befindliche Nationalsozialisten ihre Großmütter nicht in Ordnung haben, deshalb soll alles ganz diskret vor sich gehen. Die neue Gretchenfrage wird ohnehin genug Tränen und Urkundenfälschungen heraufbeschwören.

## Ausrottung des Deutschtums

Wie Hitlers Freunde sie betreiben

Aus Berlin berichtet der Pariser »Temps«: In offiziellen Kreisen ist man, obwohl in der Presse davon nicht gesprochen wird, peinlich berührt von einem Aufsatz, den der italienische Senator Ettore Tolomei in den »Südtiroler Archiv« veröffentlicht hat.

Dieser Aufsatz einer so hohen Persönlichkeit des offiziellen Italiens befindet sich in Heft 32 der Zeitschrift und trägt die Ueberschrift: »Vergleich zwischen Südtirol und dem Elsaß«.

Der Verfasser erklärt darin, daß in jener österreichischen, von Italien annektierten Provinz der Konflikt zwischen dem lateinischen und germanischen Element endgültig zugunsten des lateinischen gelöst ist. Italien sei vor den radikalsten Maßnahmen zur Entdeutschung der Südtiroler nicht zurückgeschreckt. Im Gegensatz dazu habe Frankreich, das im Elsaß zu solchen Mitteln nicht greifen wolle, es auch nicht erreicht und werde es auch nicht erreichen, die Elsässer zu Franzosen zu machen, genau so wie es das auch nicht an der Saar erreicht habe, wo es sechzehn Jahre Zeit gehabt hätte, die Deutschen zu entnationalisieren, wenn es nur mit energischen Methoden hätte vorgehen wollen.

Der »Temps« knüpft an seinen Bericht die Bemerkung, daß diese brutale Anspielung auf das Schicksal der 250.000 Südtiroler reichlich inopportun sei in einer Zeit, in der die deutsche Presse jeden Tag in neue Raserei ausbreche wegen der angeblichen Unterdrückung der Deutschen in — der Tschechoslowakei.

## Stagnierende Konjunktur

Während die Propaganda des Dritten Reiches es immer noch so darstellt, als ob die deutsche Wirtschaft sich weiter in lebhafter Aufwärtsbewegung befinde, zeigen die amtlichen Statistiken in den letzten Monaten auf wichtigen Teilgebieten der deutschen Wirtschaft Anzeichen von Stagnation.

der er sagte: »In der übergroßen Sorge, die Republik vor ihren eigenen Bürgern durch Paragraphen und Zuchthaus zu schützen, liegt die vernichtendste Kritik und Herabsetzung der gesamten Institution.« Dr. Forstmann fügt dem noch hinzu:

»Das gilt natürlich erst recht für Institutionen, in denen wie in Rußland sich eine Diktatur über Recht und Gesetz überhaupt hinwegsetzt und ohne demartige Leistungen eine reine Willkürherrschaft ausübt, denn Sklavenvölker können ja durch eine Niederlage nur die Freiheit gewinnen. Die Geschichte bietet hierfür genügend Beispiele.«

Jeder Deutsche der dies liest, weiß, daß hier Rußland ein Pseudonym für das Dritte Reich ist. Aber wie ist es möglich, daß in einer legal erscheinenden Zeitschrift riskiert werden kann, anzudeuten, daß das deutsche Volk seine Freiheit im Dritten Reich verloren hat und daß es seine Niederlage herbeisehnt, um sie wiederzugewinnen? Sollten es Teile der Reichswehr sein, die den Herausgebern dieser Zeitschrift den Mut zu einer so kühnen Sprache einflößen? G. A. F.

So wird die Zahl der Arbeiter und Angestellten Ende Juli mit 20.150.000, Ende August mit 20.170.000, Ende Oktober aber nur mit 20.140.000 angegeben. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit für die gesamte Industrie betrug im April 7,52 Stunden, im September aber nur 7,73 Stunden, nachdem sie im Juli sogar bis auf 7,43 Stunden zurückgegangen war. Sowohl in der Produktionsgüter- als auch in der Verbrauchsgüter-Industrie liegt die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit im Oktober tiefer als im April.

Einige wichtige Industriezweige weisen eine sinkende Beschäftigung auf. In der Textilindustrie betrug — wenn man die Beschäftigungsziffer im gleichen Vorjahrsmonat mit 100 gleichsetzt — die Beschäftigung im April 104,5, im Oktober dagegen 103,9, in der Baustoffindustrie im Juli 116,3, im Oktober 114,5.

Die Indexziffer der Produktion von Produktionsgütern, die im Vorjahre (1928 ist gleich 100) vom März bis September von 100,7 auf 105,0 gestiegen war, weist in der gleichen Zeit des laufenden Jahres nur die ganz geringfügige Erhöhung von 121,2 auf 121,8 auf. Die Drosselung des Wohnungsbaues drückt sich u. a. darin aus, daß die Zahl der Bauerlaubnisse in 102 Groß- und Mittelstädten von 13.140 Stück im Juni 1937 auf 8570 Stück im September zurückgegangen ist.

Die Umsätze des Einzelhandels mit Gütern des täglichen Bedarfs haben in diesem Jahre ebenfalls Abnahmen zu verzeichnen. Gegenüber der gleichen Vorjahrszeit werden die Umsätze der Lebensmittel-Fachgeschäfte im März mit 119,1 angegeben, während sie im September nur 102,9 betragen. Für die Schuhwaren-Fachgeschäfte werden für dieselbe Vergleichszeit die Ziffern 139,0 bzw. 112,9 angegeben. Also auch hier ein beträchtliches Absinken.

## »Göring wird schon...!«

Die widerspenstigen Handwerker.

Wenn eine Bevölkerungsgruppe die Nationalsozialisten auf ihrem Wege zur Macht begünstigt und die Ausrufung der Hitler-Diktatur als den Anbruch einer neuen, besseren Zeit bebubelt hat, so war es die des deutschen Handwerks. Die Gewerbetreibenden aller Berufe meinten in ihrer überwältigenden Mehrheit tatsächlich, daß im Dritten Reich alle ihre Wünsche in Erfüllung gehen würden.

Nun geht es ihnen statt besser schlechter, und die Enttäuschung ist groß. In allen Gegenden des Reiches erscheinen Blicke, Fleischer, Restaurateure und selbständige Handwerksmeister als Angeklagte vor den Gerichten. Entweder haben sie sich eines Vergehens gegen die vielen, die Ausübung ihres Berufes einschränkenden Verordnungen schuldig gemacht, oder sie haben in eindeutigen Äußerungen ihre oppositionelle Meinung dem Regime gegenüber zum Ausdruck gebracht.

Die Regierung und die NSDAP haben es bisher noch nicht zuwege gebracht, die murrenden Handwerker und Gewerbetreibenden völlig zum Schweigen zu bringen. Zwar ist die umfassende Organisation des Handwerks und der Gewerbetreibenden schon seit 1933 gleichgeschaltet worden. Zuverlässige Pgs. wurden in die Führung dieser Organisation berufen, aber sie vermochten die Auflehnung nicht zu verhindern. Es hat selbst in der Leitung der Handwerkerorganisationen fortgesetzt Krisen gegeben und die »Führerstellen« mußten wiederholt umbesetzt werden.

So hat sich denn jetzt der Leiter des deut-

schen Handwerks in der Deutschen Arbeitsfront voranlaßt gesehen, neue durchgreifende Maßnahmen anzukündigen. Auf einer Kundgebung, die am 11. Dezember in Dessau stattfand, erklärte er u. a.:

»Im Handwerk, das rund 120 Berufe umfaßt, sind unendlich viele Organisationen vorhanden gewesen. Heute aber braucht niemand mehr Sorge zu haben, denn Hermann Göring wird schon die Organisationsformen für das Handwerk finden, die nötig sind. Allein mit einer Parteiorganisation ist das Handwerk nicht zu lenken. Für die, die sich nicht fügen können, braucht man hin und wieder Zwangsmaßnahmen auf gesetzlicher Grundlage. Durch eine öffentlich-rechtliche oder staatliche Organisation muß das Handwerk zwangsweise erfaßt werden, damit durch eine solche Stelle auch nötfalls Zwangsmaßnahmen getroffen werden können... Durch die nationalsozialistische Revolution sind Umwälzungen auf jedem Lebensgebiet geschehen und eine Revolution muß daher auch das Gebiet des Handwerks umgestalten...«

Die wiederholte Drohung mit Zwangsmaßnahmen, ja sogar mit einer nachzuholenden »Revolution« auf dem Gebiete des Handwerks läßt keinen Zweifel daran zu, was damit gemeint ist. Es soll mit dem Einfluß der Handwerker und Gewerbetreibenden auf die Leitung ihrer Organisation endgültig und vollständig gebrochen werden.

## Roosevelts Innensekretär gegen den Faschismus

Viele Millionen Menschen in Amerika hörten am 8. Dezember eine Rede des Staatssekretärs für das Innere, Harold Ickes, in der er den Faschismus einen »Wahnsinn im Nachthemd« nannte und weiter sagte:

»Die Zeit ist gekommen, in der auch die stärksten Demokratien der Welt gegen die Einbruchversuche der totalitären Staaten den Widerstand vorbereiten müssen. Lassen wir uns nicht einschläfern durch den Glauben, daß unsere demokratische Regierungsform von Natur für ewige Zeiten gesichert sei.

Während einst nur in unserem Lande geistesschwache Menschen mit der Zurschaustellung ihrer verbrecherischen Gesinnung paradierten (gemeint ist der Ku-Klux-Klan. Die Red.), gibt es heute auf ihre Zivilisation stolze Nationen, die gegen ihre Nachbarn Handlungen einer unprovokierten Gewalt begehen und sie noch dazu als gute Taten verherrlichen.

So wie gewisse Nationen den Vorwand der Ausrottung des Kommunismus zu Taten mißbrauchen, über die selbst Wilde erröten würden, so bedienen sich auch diejenigen, die unsere Demokratie unterminieren wollen, des nämlichen Vorwands.

Es gehört aber nicht viel Intelligenz dazu, um einzusehen, daß diese Art von Antikommunismus nur ein trojanisches Pferd ist, mit dessen Hilfe ein barbarischer Faschismus in das Heiligtum der Demokratie einzudringen versucht.«

Daß Millionen Amerikaner diese Rede anhören konnten, ist gewiß erfreulich, aber es bedeutet nicht viel. Hätten ebenso viele Millionen Deutsche sie gehört, so würde das unermeßlich viel bedeuten. Die deutsche Propaganda brüllt die Reden der großen Nazibonzen in allen Sprachen rund um die Erde. Aber die aufrüttelnden, ermutigenden Reden der Roosevelt, Hull und Ickes verhallen in Deutschland ungehört.

## Wohltäter der Menschheit

In den Dresdner Zeitungen las man am 2. Dezember folgende Ankündigung:

»Im Verein »Deutsches Hygienemuseum« spricht nächsten Dienstag Dr. med. Bohnstedt, Facharzt für Hautkrankheiten, über: »Das Salvarsan, ein Wohltäter der Menschheit.«

Der Vortrag wurde am 7. Dezember gehalten. Wir waren nicht zugegen, haben aber den glaubhaften Bescheid bekommen, daß Dr. med. Bohnstedt sich bis jetzt auf freiem Fuß befindet. Es ist also mit Sicherheit anzunehmen, daß der Vortragende den Titel »Wohltäter der Menschheit« nur dem Salvarsan selbst beigelegt hat und allenfalls noch den IG-Farben, die in Deutschland das Herstellungsmonopol auf diese Chemikalie besitzen. Hätte er den Entdecker des Salvarsan, den jüdischen Nobelpreisträger Paul Ehrlich, in seine Lobsprüche einbezogen, so wäre er mit einem gewissen Recht verhaftet worden. Denn diesen Paul Ehrlich einen Wohltäter zu nennen, hieße das deutsche Volk des Undanks bezichtigen.



# Um die Freiheit der Presse

## Eine lehrreiche französische Diskussion

Wenn einmal in Deutschland andere Zeiten kommen werden, wird auch das Problem der Presse gelöst werden müssen. Heute gehört tatsächlich die ganze deutsche Presse der regierenden Partei. Sollen die Sieger von morgen die Presse als gute Beute betrachten und sie, unter Beibehaltung des Systems der Gleichschaltung, nur unter ein anderes Kommando stellen? Oder sollen sie wieder den Zustand herstellen, wie er vor dem nazistischen Staatsstreich bestanden hat, also die Zeitungsverlage ganz einfach den Eigentümern von 1933 oder ihren Erben zurückgeben? Wird der neue Staat, der auf den Trümmern des Dritten Reiches entstehen wird, sofort eine unbeschränkte Pressefreiheit im alten Sinne des Wortes ertragen können, und wenn nicht, welche Einschränkungen der Änderungen könnte man als zulässig und nützlich betrachten?

Im deutschen Bürgerkrieg seit 1918 hat der Kampf um die Presse eine gewaltige Rolle gespielt. Man hat um Zeitungsgebäude und Rotationsmaschinen gekämpft wie in den Reformationskriegen um Kirchen und Altäre. Der Kampf hat vorläufig damit geendet, daß sich die Nazi der gesamten Einrichtungen bemächtigt haben — aber dieser Zustand wird nicht ewig dauern. Was soll nach ihm kommen?

Noch ist leider — leider! — das Problem für uns nicht akut. Aber in Frankreich ist jetzt darüber eine lebhaftige Diskussion entstanden, an der wir nicht achtlos vorübergehen können.

Ausgelöst worden ist diese Diskussion durch eine Versammlung der Druckerei-Nacharbeiter, in der Léon Blum sprach. Dabei sagte er: »Manchmal frage ich mich, ob es nicht die Presse ist, bei der man mit Verstaatlichung beginnen sollte.«

Dieser Satz hat in der bürgerlichen Rechtspresse Frankreichs einen wahren Sturm hervorgerufen und auch in bürgerlich-republikanischen Kreisen Erstaunen erregt. Die Rechtspresse argwöhnte bolschewisierende Tendenzen und beschwor Schauerbilder herauf, als ob der stellvertretende Ministerpräsident ein ähnliches Presseregime wie in Rußland, Italien und — nicht zu vergessen — Deutschland begünstigen wollte. Im »Tempo« erinnerte Joseph-Barthélemy an die vergangenen Reaktionszeiten Frankreichs und an das verhaßte Presseregime des dritten Napoleons, um sich emphatisch zur republikanischen Pressefreiheit zu bekennen.

Léon Blum antwortete auf diese Angriffe, indem er die Redaktion des »Populaire« bat, noch einmal einen Artikel abzu drucken, den er vor bald zehn Jahren dort veröffentlicht hatte. In seinem Schreiben an die Redaktion wies er die unsinnige Unterstellung, als ob er für Frankreich ein totalitäres Presseregime befürworte, entschieden zurück. Er wolle umgekehrt eine bessere Pressefreiheit als die bisherige erreichen durch die Befreiung der Presse von der Macht des Kapitals.

Der Artikel Léon Blum im »Populaire« vom 1. April 1928, den das Blatt auf seinen Wunsch noch einmal abdruckt, trägt die Überschrift: »Wollt ihr eine freie Presse, dann verstaatlicht sie!«

In diesem Artikel führt Léon Blum in der Hauptsache folgendes aus: Unabhängigkeit der Presse ist eine notwendige Voraussetzung für die freie Meinungsbildung der Staatsbürger, für die politische Freiheit in der Demokratie. Ohne Befreiung der Presse von jedem direkten oder indirekten Zwang gibt es keine bürgerliche Freiheit. Die Pressefreiheit ist nicht nur eine juristische und administrative, sondern vor allem auch eine moralische Angelegenheit. Es gilt, die wirkliche Unabhängigkeit der Presse sowohl gegenüber der Staatsgewalt als auch gegenüber den Mächten des Geldes sicherzustellen.

Diese Freiheit zu garantieren, sagt Blum weiter, ist die Pflicht des Staates. Der Staat unterstützt die Presse durch Vorzugstarife für Papier und Postbeförderung mit 100 Millionen Francs jährlich, er ist also jetzt schon sozagen ihr stiller Teilhaber. Aber das ist nicht genug — er

muß den ganzen »industriellen« Teil der Pressherstellung verstaatlichen und auf eigene Rechnung betreiben.

Die Ausführung dieses Grundgedankens denkt sich Blum etwa so, daß der Staat als Verleger aller Zeitungen fungiert, während die Parteien die Redaktionen stellen. Der Staat soll alle Zeitungen in unparteiischer Weise geschäftlich betreiben und ihnen den materiellen Bedarf sowohl wie — zur freien Verwendung — das Nachrichtenmaterial liefern, wofür er aus den Einnahmen des Blattes zu entschädigen wäre. Die geistige Ausgestaltung des Blattes ist die Sache der Partei und der von ihr eingesetzten Redaktion. Auf diese Weise, meint Blum, könne jeder Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen ausgeschaltet, die Unabhängigkeit der Presse hergestellt und ein geistiger Wettkampf unter fairen Bedingungen eröffnet werden.

Blum sagt in diesem Artikel selbst, daß der von ihm entwickelte Gedanke ihm erst vor kurzem gekommen und vielleicht noch nicht ganz ausgereift sei. In der Tat lassen sich viele Einwendungen gegen ihn erheben. Eine weist er schon in seinem Artikel selbst zurück, nämlich die, daß es für den Staat im Fall eines Staatsstreichs ein leichtes sein werde, neben den Verlagsrechten auch die Rechte der Redaktion an sich zu reißen. Blum bemerkt dazu ganz richtig, daß der Staat, wie das Beispiel Rußlands und Italien zeige, nicht erst eines neuen Systems bedürfe, um sich der Presse zu bemächtigen. Aber mit dieser an sich treffenden Erwiderung sind die Einwendungen noch lange nicht erledigt.

Blum will, daß jede Partei, die im Parlament vertreten ist, das Recht auf ein Blatt oder mehrere — er sagt nicht auf wie viele — haben soll. Wenn aber der Staat, wie es auch in einer Demokratie vorkommen kann, genötigt ist, eine Partei oder mehrere zu verbieten, so ver-

schwindet damit auch ihre Presse. Man wird also von einer völligen Unabhängigkeit der Presse gegenüber der Staatsgewalt nicht reden können. Auf der anderen Seite ist nicht einzusehen, warum das Recht zur Herausgabe politischer Zeitungen auf Parlamentsparteien beschränkt sein soll. In Deutschland lieferte z. B. die Nationalsoziale Partei Naumanns, ohne im Reichstag vertreten zu sein, durch eine vornehm und geistvoll redigierte Zeitung einen wertvollen Beitrag zur Hebung und Belebung der politischen Diskussion.

Es bleibt auch die Frage offen, wo die Grenze zwischen politischer und nicht-politischer Presse gezogen werden soll. Das englische Beispiel zeigt, daß illustrierte Blätter mit Massenaufgabe, die sich in der Hauptsache mit nichtpolitischen Dingen beschäftigen, durch gelegentliche politische Betrachtungen stärker wirken können als wenig gelesene rein politische Zeitungen. Es ist weder prinzipiell noch praktisch möglich, zwischen der politischen und der nichtpolitischen Presse eine feste Grenze zu ziehen. Wie soll es ferner mit den Herausgeberrechten der unzähligen Organisationen einer freien Gesellschaft — Gewerkschaften, wirtschaftliche Verbände, kulturelle, sportliche Vereine usw. — stehen? Sie sind alle an staatlichen Angelegenheiten stark mit interessiert und müssen Pressefreiheit auch für sich in Anspruch nehmen.

Damit soll der Grundgedanke Blums keineswegs an der Schwelle abgewiesen werden. Das Problem ist ungemein verwickelt und kann nicht dadurch gelöst werden, daß man den Zustand, wie er jetzt in den demokratischen Ländern besteht, für den idealen und allein nachahmenswerten erklärt. Am allerwenigsten kann der heute in Frankreich bestehende Zustand, den Blum mit vollem Recht und ausgezeichneten Argumenten bekämpft, als vorbildlich betrachtet werden. Aber die Lösung des

Problems ist so schwierig, daß es schon ein Verdienst ist, Anregungen gegeben zu haben, die die Diskussion in Gang bringen.

Auch für Deutschland ist die Herstellung einer möglichst vollkommenen Pressefreiheit das erstrebenswerte Ziel. Die vollkommene Pressefreiheit kann jedoch nicht darin bestehen, daß jeder, der Geld hat, um Papier und Journalisten zu kaufen, eine Zeitung herausgeben kann, während diejenigen, die kein Geld haben, schweigen müssen. Gewiß ist die problematische Pressefreiheit, wie sie heute in demokratischen Staaten mit kapitalistischer Wirtschaft besteht, dem Zustand in den totalitären Staaten tausendmal vorzuziehen; denn die Erfahrung lehrt, daß dort neben einer abhängigen und korrupten, auch eine selbständige und saubere Presse sehr wohl bestehen kann. Die Zustände sind auch von Land zu Land verschieden und nicht überall so arg wie in Frankreich. Überall aber bleibt die Befreiung der Presse — hier von der Alleinmacht einer regierenden Partei, dort von der Macht des Kapitals — eine noch zu lösende Aufgabe.

Mögen also über die Lösung des Problems im einzelnen die Meinungen weit auseinandergehen, so bleiben doch Ausgangspunkt und Ziel allen demokratischen Sozialisten gemeinsam. Auch die Bauherren des neuen Deutschland werden bei der Lösung des Presseproblems von dem Grundsatz ausgehen müssen, den Léon Blum an die Spitze seines umstrittenen Artikels stellt:

»Die Unabhängigkeit der Presse ist die notwendige Voraussetzung für die Freiheit der Meinungsbildung, der Wahl und die Entscheidung, die in einer Demokratie das Wesen der politischen Freiheit ausmacht.«

F. St.

## Vor fünfzig Jahren

### Eine Erinnerung an die Zeit des Sozialistengesetzes

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann im Jahre 1938 ein bemerkenswertes Jubiläum feiern. In diesem Jahre vollendet sich ein halbes Jahrhundert, seit ihr Zentralorgan, der »Sozialdemokrat« seinen Erscheinungsort von Zürich nach London verlegen mußte.

Es war unter dem Sozialistengesetz. Wenn sich auch die damaligen Zustände von den gegenwärtigen ungefähr unterscheiden, wie der Krieg von 1870/1871 vom Weltkrieg, so sind doch die geschichtlichen Analogien unverkennbar. Für unsere Begriffe war das Sozialistengesetz, das das Bestehen einer sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und einer als parteilos getarnten Arbeiterpresse nicht verhinderte, eine fast väterlich milde Einrichtung. Dennoch konnte die Aera des Sozialistengesetzes mit ihrem Gemisch von Unterdrückung, »sozialem Königtum« und Stöckerischem Antisemitismus einen Vorgeschmack von dem geben, was im Jahre 1933 deutsche Wirklichkeit werden sollte. Sie stellte auch schon die Arbeiterbewegung vor theoretische und praktische Probleme, ähnlich jenen, die uns heute beschäftigen.

War auch in Deutschland die Opposition nicht ganz tot, so war es doch unmöglich, auf reichsdeutschem Boden noch die Sprache zu führen, die den Tatsachen entsprach. So entstanden sehr bald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, zwei Emigrantenblätter, die »Laternen« von Karl Hirsch und die »Freiheit« von Hans Most. Etwas später gesellte sich das »Zürcher Jahrbuch« Karl Hochbergs zu ihnen, so daß die Partei im Auslande drei nichtoffizielle Organe hatte, von denen jedes eine besondere Richtung vertrat.

Dabei bildete Most und seine in London erscheinende »Freiheit« den äußersten linken Flügel; er erklärte die Sozialdemokratie für tot, propagierte die Bildung einer neuen sozialrevolutionären Partei und ging dann zum Anarchismus über. Die parteitreu »Laternen« erschien in Brüssel, stellte aber bald ihr Erscheinen wieder ein. Seit dem 28. September

1879 erschien als offizielles Parteiorgan in Zürich »Der Sozialdemokrat«. Internationales Organ der Sozialdemokraten deutscher Zunge«. Sein Redakteur war seit 1880 Eduard Bernstein. Die Expedition besorgte »der rote Postmeister« Motteler. Neben ihnen waren Belli, Schlüter und Tauscher um Herstellung und Verbreitung des »Sozialdemokrat« besorgt. Es gelang ziemlich regelmäßig, das Blatt in einer Auflage von mehreren Tausend nach Deutschland zu bringen.

»Der Sozialdemokrat« bekämpfte die Revolutionspielerei der Londoner »Freiheit«. Nach Deutschland hinein führte er den Kampf gegen den »demagogischen Arbeiterfang«, den Bismarck mit seinen Sozialreformen, Stöcker mit seinem Antisemitismus trieb. Bloße Verstaatlichung, so erklärte er, sei noch lange kein Sozialismus, vielmehr sei jede Verstärkung der Staatsgewalt zu bekämpfen, so lange sich diese in den Händen der schlimmsten Feinde der Arbeiter befände; politische Rechte für die Arbeiter seien jetzt die Hauptsache.

Im Kampf gegen die illegale Literatur hatte Bismarck ein Heer von Agenten und Lockspitzeln aufgebaut, deren Stärke freilich einem Göbbels oder Himmler nicht imponieren mag und deren Methoden, im Verhältnis zu den heute angewandten, noch ziemlich primitiv waren. Der Enthüllungszug, den der »Sozialdemokrat« gegen diese Polizeiwirtschaft führte, erregte Bismarcks Zorn aufs höchste. Unablässig arbeitete er daran, dem verhaßten Blatt das Leben unmöglich zu machen, bis schließlich der große Schlag gelang und — daneben ging. Darüber erzählt Franz Mehring in seiner »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie« wörtlich das folgende:

»Die einzige Aktion der auswärtigen Politik unter Kaiser Friedrich war die Austreibung des »Sozialdemokraten« aus der Schweiz. Durch persönliche Kränkung des schweizerischen Gesandten in Berlin, durch drangsaliertes Lärmen des deutschen Gesandten in Bern, nicht zuletzt auch durch Zugeständnisse,

die den Interessen der schweizerischen Industrie für die demnächstige Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags versprochen wurden, ließ sich der Bundesrat in Bern dazu breitschlagen, im April 1888 Bernstein, Motteler, Schlüter und Tauscher aus dem eidgenössischen Gebiete zu weisen. Als Vorwand mußte die Schreibweise des »Sozialdemokraten« dienen, wodurch die schweizerische Gastfreundschaft gemißbraucht und die guten Beziehungen zu einem befreundeten Staate gefährdet sein sollten. Darüber sagte Otto Lang, ein schweizerischer Beamter, bei einem den Ausgewiesenen gegebenen Abschiedsfeste das gute Wort: »Es ist in der Weltgeschichte noch jedesmal etwas laut hergegangen, wenn große Dinge im Werden waren. Das Völkerglück ist keine Frucht, die im Sonnenschein gedeiht, nein, in Sturm und Wetter ist sie gereift.« Die Vertriebenen selbst aber erklärten in einem Aufruf »an alle Freunde der Freiheit und des Rechts in der Schweiz, nicht eine einzige Handlung sei ihnen nachgewiesen worden, die sie als ein Verstoß gegen das gemeine Recht qualifiziere, weder Vorbereitung noch Aufforderung, noch, auch nur Ermunterung zu gewalttätigen oder hochverräterischen Unternehmungen. Was ihnen schuld gegeben werde, das bewege sich auf dem Gebiete der Meinungsäußerung durch die Presse, auf einem Gebiete, für das die eidgenössische Verfassung volle Freiheit gewährleiste. Der wahre Grund für die Ausweisung seien die Enthüllungen des »Sozialdemokraten« über das schmachvolle Treiben des deutschen Lockspitzelwesens, wofür Puttkamer seine Rache nehme. Durch die Ausweisung würde die Schweiz zum Büttel der Bismarckischen Polizei erniedrigt.

In allen aufrechten Bürgern der Schweiz rief der Gewaltakt tiefe Beschämung und Entrüstung hervor. Zahlreiche Kundgebungen der Sympathie begleiteten die Ausgewiesenen, und Schweizer Bürger, in erster Reihe der wackere Konzett, sicherten das ungestörte Weitererscheinen des »Sozialdemokraten« im bisherigen Geiste und Tone. Jedoch um auch den Schein eines äußeren Druckes zu vermeiden, wurde er vom Oktober 1888 ab in London herausgegeben.«

Soweit Mehring. Ein Jahr und drei Monate später fiel das Sozialistengesetz im Reichstag.



## Morgen, Kinder, wirds was geben...

Das Christkind mit der Gasmasken.

Soll der brave Musternazi Weihnachten feiern oder nicht? Soll er es wagen, den Lichterbaum, das Symbol des Friedens, anzuzünden?

Das »Schwarze Korps« ist so gnädig, nichts dagegen zu haben. Niemand brauche — meint es — zu fürchten, daß er um des Weihnachtsbaumes willen zur Kirchenopposition gerechnet werden würde. Im übrigen sei Weihnachten ja ein altgermanisches Heidentfest, und wenn die Nazis Weihnachten feiern, so feiern sie ganz einfach »das Fest der Deutschen«...

Na also. Da kann man ja beruhigt sein.

Aber was schenkt man seinen Lieben zum Heiligen Abend? Heutzutage, wo Geld und Ware gleichermaßen knapp sind?

Auf diese Frage wußte soeben eine Kieler Tageszeitung eine Antwort zu erteilen, die es wert ist, zur Kenntnis genommen zu werden, als ein Dokument braundeutscher Seelenverfassung. Weihnachten 1937. Wir zitieren:

Ein zeitgemäßes Weihnachtsgeschenk. Die uralte Weihnachtbotschaft ... und Friede auf Erden! hat vielleicht selten so wenig Sinn und Berechtigung wie in diesem Jahr. Während wir uns rüsten, das Fest der Liebe vorzubereiten, donnern die Kanonen, krachen die Fliegerbomben und sterben unschuldige Menschen in aller Welt einen schweren Tod. Diese bittere Tatsache, die wir dem Weltbolschewismus verdanken, (!) zwingt jeden einsichtigen Menschen zu der harten Erkenntnis, daß es zwar wenig romantisch, aber um so notwendiger ist, sich zu rüsten, um für einen zukünftigen Krieg gewappnet zu sein. Wer eine Volksgasmasken in der Schublade hat, ist im Falle eines Luftangriffes unter allen Umständen gegen den Einsatz chemischer Kampfstoffe geschützt. In den nächsten Tagen kommen auch in unserer Stadt die Amtswalter der NS-Volkswohlfahrt zu jedem Familienvater und bieten ihm die Volksgasmasken zum Kauf an. So kurz vor Weihnachten? Gewiß gibt es schönere und erfreulichere Geschenke, vielleicht nicht aber zweckmäßigere. Die Volksgasmasken braucht ja nicht gerade unter dem Weihnachtsbaum zu liegen. Immerhin aber ist es gut, wenn zu Weihnachten jeder weiß: »Wir haben alle unsere Volksgasmasken!«

Die Verpassung der Volksgasmasken und die Unterweisung der Besitzer erfolgt durch den Reichsluftschutzbund.

George Groß wurde von den Nazis seinerzeit als frecher Schänder deutscher Innigkeit und Gemütsstärke beschimpft, weil er auf einer seiner grausigen Anklage-Zeichnungen dem gekreuzigten Christus eine Gasmasken vor das Dulderantlitz band. Das war Kulturbolschewismus, Entartung.

Der »zeitgemäße Weihnachtswunsch« des Kieler Naziblattes dagegen kommt aus der echtesten Tiefe jener neudeutschen Seele, die teils zum Kriege, teils zum Fest der Liebe rüstet und eine Gasmasken in der Schublade mit Recht für zeitgemäßer hält, als einen Friedensengel auf der Tannenspitze. Natürlich: die Gasmasken »braucht ja nicht gerade unter dem Weihnachtsbaum zu liegen. Immerhin aber ist es gut, wenn zu Weih-

nachten jeder weiß, was die Festglocke, die läutet, eigentlich geschlagen hat...

Die Volksgasmasken — ein zeitgemäßes Weihnachtsgeschenk, das den braven Buben und Mädels vom lieben Christkind beschert wird. Aber vielleicht sind die braven Buben und Mädels aufgeklärt genug, um zu wissen, daß es gar kein Christkindchen gibt, und daß sie alles, alles nur dem Führer zu verdanken haben...

## Skat mit Hindernissen

Man spielt weniger Karten.

Der »Dresdner Anzeiger« stellt fest: Man spielt weniger Karten. Das schreibt er dem Nationalsozialismus zugute. Denn: »In der Systemzeit mit dem Millionenheer von Arbeitslosen mußten diese Millionen geradezu sinnlos ihre Zeit totschlagen. Man sah damals auf den Straßen, in den Anlagen, oft an unmöglichsten Orten kräftige, arbeitsfähige Männer stundenlang Kartenspielen. Es war tröstlich.« Und dann rechnet der »D. A.« vor: »Im Jahre 1931/32 wurden 9,492 Millionen Kartenspiele verkauft, im Rechnungsjahr 1936/37 nur 6,950 Millionen Stück. Um über zwei Millionen Stück ging der Absatz an versteuerten Kartenspielen zurück, auch ein Beweis dafür, daß heute die Millionen ehemals arbeitsloser Volksgenossen wieder überall mit Hand anlegen dürfen.«

Doch gleich darauf bekommt die Sache einen Haken. Im Jahre 1913/14 nämlich, also in der Vorkriegszeit, in der es längst nicht so riesige Arbeitslosenheere gab wie nach dem Kriege, wurden nach der Angabe des »Dresdner Anzeigers« 9,482 Millionen Stück Kartenspiele abgesetzt, also nur 10 Millionen weniger als 1931/32. Da stimmt die Beweisführung gegen die »Systemzeit« wieder einmal nicht.

Wahrscheinlich wird man auch die Gründe für die Abnahme der Skat- und Schafkopfspieler noch anderswo suchen müssen. Gewiß zum Teil auch in den veränderten Lebensgewohnheiten, die der »D. A.« anführt und denen zufolge »die jungen Männer weniger als früher Stammtischen, Skatvereinen usw. beitreten«. Diese veränderten Lebensgewohnheiten schreibt der »D. A.« vor allem der körperlichen Ertüchtigung, den Maßnahmen der Deutschen Arbeitsfront und besonders der NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« zu. Und er folgert: »So sehen wir im Rückgang des Spielkartenabsatzes auch ein untrügliches Zeichen für die gesunde Erstarbung des deutschen Volkes.«

Körperliche Ertüchtigung — ganz richtig: der Wehrsport, die Kriegsbildungen aller Art, der Zwangsdienst in allen möglichen Gemeinschaften und Gefolgschaften, die Parade- und Marschzüge der Arbeitsdienstler mit geschultertem Spaten — kurz, der ganze nationalsozialistische Bims, der Deutschland in einen einzigen Exerzierplatz verwandelt hat, nimmt den Männern sowohl die Zeit als auch die Lust zum Spielen, wie er den Schülern Zeit und Lust zum Lernen nimmt.

Aber es gibt wohl auch noch andre Gründe, die der »Dresdner Anzeiger« verschweigt. Wenn jede Skatrunde in jedem Klebitz einen Lauscher und möglicherweise jeder Karten-

spieler in jedem Spielpartner einen gelegentlichen Angeber und Verräter wittern muß, wenn einer dem andern nicht mehr trauen darf, wenn jede Redensart, wie sie unter Skatspielern beliebt und üblich sind, unter Umständen eine staatsgefährliche Zweideutigkeit bekommen und Kopf und Krage kosten kann, wenn auch die harmloseste Skatrunde in Verdacht geraten kann, eine heimliche politische Verschwörung zu sein, so fördert das die Spiellust keineswegs.

Nun braucht man den Skat wahrhaftig nicht zu den gefährdeten Kulturgütern zu rechnen. Es sind im Dritten Reich ganz andere Dinge zerstört worden als nur Stammtische und Skatklubs. Aber was da der »Dresdner Anzeiger« für ein Zeichen der »gesunden Erstarbung des deutschen Volkes« hält, scheint uns vielmehr ein Symptom der allgemeinen Neigung zu sein, in den wenigen freien Stunden, die der nationalsozialistische Massenbetrieb dem privaten Menschen läßt, sich möglichst in seine vier Pfähle zurückziehen und alle Zusammenkünfte zu meiden, in denen ein unbedacht gesprochenes Wort gefährlich werden kann. Manfred.

## Heilige Reklame!

Die »Westfälische Landeszeitung«, das Dortmunder Naziblatt, klagt (in Nr. 344) bitter darüber, daß die deutsche Geschäftsreklame sich immer mehr des nationalsozialistischen Schlagwortschatzes bemächtigt. Es gebe bereits die Zigarrenmarken »Schaffendes Volk« und »Erbrecht«, eine Zigarette heiße »Francos«, ein Seidenstrumpf »Edda« und in der Dezembernummer der »Deutschen Marinezeitung« sei folgendes Inserat erschienen:

»Die Löwen-Apotheke zu Dresden im »Alten Rathaus« verbindet beste Apothekentradition der Vergangenheit mit den kulturellen und technischen Forderungen der Gegenwart.

Dienst an der Volksgesundheit ist Ehrendienst an der Nation.«

Dazu bemerkt die Westfälische Landeszeitung:

»Der »Ehrendienst an der Nation« hat sich zu einem so dicken Schlagwort herausgewachsen, daß man oft schon von weitem hört, daß meist »Dienste« und »Verdienste« Hand in Hand marschieren.«

Man verzeiht »einem Nächsten die Fehler am schwersten, die man selbst hat. Große Worte und große Profite, »heiligste Güter« und Rittergüter, Politik und Geschäft sind in der Weltgeschichte selten so gewissenlos verquickelt worden wie im gegenwärtigen Deutschland. Aber freilich — wo käme das Reich hin, wenn das Vorbild der Führer sich bei den kleinen Leuten durchsetzte?

## Volkpsychose!

Glockengeläut und seine Wirkung.

Als im Kreis Eichstätt in Franken eine Abstimmung für die Gemeinschafts- und gegen die konfessionelle Schule durchgeführt wurde, ließ der Bischof von Eichstätt kurz vor der Befragung Sturm läuten, um seine Gemeindeglieder in die Kirchen zu treiben und den Priestern Gelegenheit zu einer

letzten Ansprache zu geben. Der Bischof bekam Hausarrest. Den nationalsozialistischen Zeitungen genügt das nicht. Sie fordern von Woche zu Woche dringlicher die Verhaftung des Geistlichen. Dabei verraten sie in ihrem Uebereifer mehr, als sie verraten möchten. Sie schildern nämlich, wie das unerwartete Geläut der Glocken von der Bevölkerung aufgenommen wurde. So schreibt die »Preußische Zeitung«:

»Die Wirkung war ungeheuer: Zu Tode erschrocken rannte alles aus den Wohnungen und von den Feldern, Frauen gingen vor Angst zu weinen an, die wildesten Gerüchte schwirrten umher, auf den Plätzen stauten sich die Menschen zu Haufen. Seit Kriegsausbruch 1914 hatte sich, nach Aussagen der Ortsgruppenleiter dieser Kreise, die Bevölkerung in keiner solchen Erregung befunden. Die Kirchen waren überfüllt wie noch nie...«

Weiter wird hinzugefügt, einige Frauen seien auf der Stelle ohnmächtig geworden und der Schreck habe »Nervenschocks« verbreitet. Die unfreiwilligen Leser der Nazipresse werden sich fragen, ob ein paar Dorflocken es fertig brächten, eine derart verheerende Wirkung hervorzurufen, wenn der Boden für jede Art Panik nicht wohl bereitet wäre. Mit »wildem Gerüchten« ist die Luft in Flüsterdeutschland immer geladen, und jede geringfügige Erschütterung bringt die Hirne zur Explosion. Diesen Zustand durch ein Experiment entdeckt zu haben, ist die Schuld des Bischofs von Eichstätt.

## Schafe mit Hakenkreuz

Schweizerisch-deutsche Mißverständnisse.

In der »Neuen Zürcher Zeitung« erzählt ein Leser sein Erlebnis mit deutschen Skifahrern:

Ein Trupp deutscher Skifahrer muß bei der Abfahrt auf einem Waldweg vor einigen im Wege liegenden Trümmern stoppen und das Hindernis überklettern. Wie staunen da die Leute, als auf jedem Trümmel das Hakenkreuz eingehauen ist. »Heil Hitler!« rufen sie und einer erklärt: »Reichsdietwart Kurt Münch schreibt ja in seinem Buch im Kapitel über Geopolitik, daß das deutsche Volk bis nach Zermatt reiche. Wie sehr sogar die Bauern hier an unsern Führer und den Nationalsozialismus glauben, beweist der Umstand, daß das heilige Zeichen in jede Rinde eingeschnitten ist.« — »Heil Hitler!« rufen sie im Chor und umstehen den sich mit den Trümmern abmühenden Bauern, der ihnen aber entgegnet, er kenne keinen Hitler. »Das sind doch lauter Hakenkreuze, ergo...« — »Nein, das ist mein, zwei verkehrten Bundhaken nachgemachtes Hauszeichen, womit schon mein Großvater sein Holz und seine Schafe gezeichnet hat.« — Die Skifahrer werden kleinlaut und begreifen nicht, daß es im Wallis einen Bauern gibt, der das Hakenkreuz schon von seinem Großvater geerbt hat und von Hitler doch nichts weiß.

Wollte man doch auch im Dritten Reich allen Schafen ihr Hakenkreuz auf den Hintern brennen, damit sie endlich einmal begreifen, woran sie sind!

## Der Duce dem Führer!

Dantes »Divina Comedia«.

»Völkischer Beobachter«: Der italienische Botschafter in Berlin, Attolico, überreichte gestern mittag dem Führer als persönliches Weihnachtsgeschenk des Duce eine prachtvolle Monumentalausgabe von Dantes »Göttliche Komödie«. (16. Dezember 1937.)

Aus Anlaß dieses Weihnachtsfestes auf der Achse stiegen wir mit dem großen Dichter Dante in die »Hölle« hinab. Hier sein Bericht, den leider die deutsche Uebersetzung nur unvollkommen wiedergeben kann:

»Ich bin die Pforte zu dem Reich der Schmerzen,

Ich bin die Pforte zu den ewigen Qualen, Ich bin die Pforte zu den ganz Verlorenen, Gerechtigkeit trieb meinen hohen Schöpfer: Mich hat die Allmacht Gottes aufgerichtet, Die höchste Weisheit und die Urweltliebe, Vor mir ward nichts Vergänglichliches geschaffen, Nur Ewiges; ich selber auch bin ewig! Gebt jede Hoffnung auf, die ihr hier einzieht!«

An einem Torweg las ich diese Worte In düsterer Farbe und ich sagte: »Meister, Der Sinn des Spruches macht mir Sorgen.« Und er, wie wenn er dies erwartet hätte: »Hier heißt es alles Schwanken abzulegen Und jede Feigheit gilt es hier verbannen. Wir sind am Orte, wo, wie ich schon sagte, Die schmerzgequälte Schar dir wird erscheinen...«

Vom ersten Höllenkreis stieg ich hernieder Nun in den zweiten, der sich enger rundet, Doch mehr von Qual und Wehgeheul erfüllt ist.

Hier prüft der Richter Minos, grimmig fleischend,

Die Schuld der Ankömmlinge, spricht das Urteil Und zeigt die Strafe an durch Schweifgeringel.

Vor ihn gestellt muß jede schnöde Seele Den Frevel allsogleich bekennen, Und jener grausam Kenner aller Sünden, Bestimmt den Höllenkreis, der jeder zukommt.

Wie oft er schlingt den Schweif um seine Lenden,

Um so viel Grad wird sie hinabgestoßen, Stets drängen sich zu Hauf vor ihm die Seelen und eine nach der anderen wird gerichtet: Sie spricht, sie hört und fährt hinab zur Tiefe.

Wir zogen unter sicherem Schutze weiter Entlang am Uferstrand des heißen Blutstroms, Wo die Gesotteten laut vor Schmerzen schrien;

Verschiedne staken drin bis zu den Brauen, Es sagte der Zentaur: »Dies sind Tyrannen,

Die gierig nur nach Blut und Schätzen griffen! Hier büßen sie ihr mitleidloses Wüten!

So Alexander, Dionys der Unmensch, Der für Sizilien schlimme Jahre brachte, Dort jene Stirn mit schwarzen Haaren Ist die des Ezzelin und jener Blonde — Obizzo ist's, der Este, der ganz sicher Vom schlimmen Sohne hingemordet wurde.« Sprach der Zentaur: »So will ich, sollst Du glauben.

Daß sich am anderen Ende immer tiefer Der Höllenboden senkt, bis an die Stelle,

Wo die Tyrannen ewig seufzen müssen.

Die göttliche Gerechtigkeit strafft hier Den Attila, der Geißel war auf Erden, Den Pyrrhus, Sextus und erpreßt auf ewig Im Sündenbad der Tränen Claveros, Dann den Cometo und den anderen, Pazzo, Die Waffenlärm erregten allerwegen.« — — —

Anmerkung der Redaktion: Der große italienische Dichter lebte vor so vielen hundert Jahren, daß ihm gerade nur Attila als »Geißel Gottes auf Erden« erschien. Mittlerweile leben wir im 20. Jahrhundert! Man wird ihm also diesen umgekehrten Anachronismus nachsehen...

## Ein Mißbraucher

Zu Hans v. Marées' 100. Geburtstag.

Vor hundert Jahren, am Weihnachtsabend des Jahres 1837, wurde in Elberfeld der Maler Hans v. Marées geboren. Er gehörte zu den deutschen Künstlern, die am treuesten dem Kulturideal des neunzehnten Jahrhunderts nachstrebten. Die Kunst war ihm nicht nur Selbstzweck, sondern Zweck und Ziel des Daseins überhaupt; ihr hing er mit der ganzen Inbrunst seines Wesens an; er betrachtete es als sein Ziel, der Menschheit einen Weg zu den lichtesten, klarsten Höhen einer hellenischen Schönheitswelt zu bahnen. Und da er sein Ideal nicht nur träumte, sondern durch ein rasch verbrauchtes Leben zu realisieren suchte und tatsächlich soweit verwirklichte, wie das bei einem Ideal möglich ist, — da er hierfür alle Annehmlichkeiten des Daseins opferte, auf Wohlstand, Titel und Tagesruhm

verzichtete, so kommt ihm der Name eines Idealisten mit Recht zu.

Im Dritten Reich ist »Idealismus« große Mode. Jedoch ist mit dem Idealismus vollgefressener, in Gold und Luxus schwimmender Parvenüs nicht viel Staat zu machen. Daher sucht man nach Repräsentanten des deutschen Idealismus, die ihn weniger blamieren, als der aufgeplusterte Star Göring und ähnliche Bonzen der Nazi-Elite. Da ist man denn auf Hans von Marées verfallen, den man denn auch gleichzeitig als Aushängeschild gegen den »Kulturbolschewismus« verwenden kann. Wieviel, bzw. wiewenig Wesensverwandtschaft zwischen dem reinen Streben eines Marées und dem selbstsüchtigen Machthunger der Ley-Göbbels-Clique besteht, erweist das über den Künstler Gesagte.

Jedoch das unsaubere Vorhaben gelingt auch aus anderen Gründen nicht. Es hapert ganz und gar mit der Rasse des großen Idealisten. Er ist nicht im mindesten den Nazis »bluts- und artverwandt« denn seine Mutter war eine Jüdin, Friederike Sußmann; die Marées selber sind ihrem Ursprung nach flämisch-französischer Adel.

Marées kann mit Recht als der deutsche Ahnherr des Expressionismus bezeichnet werden. Er wagte je länger je mehr so starke Abweichungen von der Realität, daß seine Zeitgenossen von ihm — genau wie Adolf Hitler von den heutigen Modernen — glaubten, es fehle Marées an der richtigen Beherrschung der Formen und Proportionen. Als ein Heutiger käme er mit mathematischer Gewißheit auf die Liste der entarteten Kunst.

So ist es nur recht und billig, wenn die einzige Marées-Publikation, die im Jubiläumjahr des Künstlers erschienen ist — das Buch



## Ein deutsches »Nationaldenkmal« mehr! Frick's Beitrag zur Gustaf-Adolf-Legende.

Um einem ganz dringenden Bedürfnis abzuweichen — da wir »nure« erst drei in offizieller Anerkennung als solche haben — soll Deutschland jetzt sein viertes Nationaldenkmal haben: der Reichsinnenminister Frick hat einer reichlich anonymen »Deutsch-Schwedischen Gesellschaft« bei einem ihrer alljährlichen Festessen versprochen, es von Reichs wegen für den Schwedenkönig Gustaf Adolf in Bälde auf dem Schlachtfeld von Lützen unweit Leipzig errichten zu lassen! Die ins Eisenkorsett geschiente Germania von Bingen, die aus den freundlich-sonnigen Weingärten hinter Rüdesheim so düster trutzig nach Frankreich hinüberdemonstriert, der Arminius vom Teutoburger Wald, der wie der Zuckerrierratt von einer Konditortorte über jene Baumspitze ragt, wo sich der edle Varus angeblich ins eigene Schwert gestürzt hat, der »große Steinhaufen« auf Leipziger Flur, wo die sogenannte Völkerschlacht anno 13 durch die Desertation der Sachsen von Napoleon zu den Kosaken ihre historische Wende fand (»den großen Steinhaufen« nannten diese Völkerschlachtendankmal alle kompetenten Sachverständigen, als es nach drei Dezennien vaterländischen Lotteriespielen glücklich fertig war) möchten also wohl ihren im Stil kongenialen Kollegen oder besser Leidensgefährten in der Gestalt des nordischen königlichen Conquistadore und Freibeuters bekommen.

Der Stil ist nicht nur der Mensch, sondern auch das Monument! Von dem Elend der deutschen Nationalidee — gestern schon und heute wieder erst recht Hauptorgankind des genius humanitatis — zeugt die Stilllosigkeit der offiziellen, bisher schon bestehenden deutschen »Nationaldenkmäler«. Der reichsamtllich zu errichtende steinerne Kolossal-Gustaf-Adolf auf Lützener Flur aber, selbst wenn er stillistisch gellinge — was bei den im Dritten Reich allein gültigen Vorstellungen von Bau- und Denkmalkunst mehr als zweifelhaft ist — würde jenen Notstand der Deutschen im Nationalen auch noch in der Idee »monumental« festhalten! Das Denkmal bekümmere ja gerade der Ausländer, der zur Zerstörung deutscher Weltgeltung, wie sie in weltbürgerlicher Formulierung tausend Jahre diesem unserem alten Kontinent Normung und Gesittung gab, mehr beigetragen hat, als der weit mächtigere zeitgenössische Sonnenkönig, der damals in Versailles residierte. In Erz oder Quader geehrt würde hier der königliche Brigant, der deutsches Land in dessen tiefster Erniedrigung und Not wie Strandgut behandeln durfte und, als seine Armeen oder Raubscharen glücklich aus Deutschland abgezogen waren, einen rauchenden Friedhof zwischen Stralsund und Nürnberg zurückließ. Niemand wird schwedischem Patriotismus verübeln, wenn in Stockholm der Bauernkönig als Held gefeiert wird. Was er unverkünsteltes deutsches nationales Bewußtsein darstellen muß, das haben nicht nur die klassischen Beiträge eines Mehring aus der hohen Schule des heute so viel und so sinn-

# Rosenberg gibt Gedankenfreiheit

## Für vorzeitliche Erdkunde

Diesen Erlaß muß man wörtlich genießen. Er steht feierlich an der Spitze des »Völkischen Beobachters« vom 9. Dezember unter der Ueberschrift: »Für die Freiheit der Forschung — parteiamtliche Stellungnahme Reichsleiter Rosenbergs«:

Aus gegebenem Anlaß gibt der Beauftragte des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung und Schulung der NSDAP, Reichsleiter Rosenberg, folgende parteiamtliche Stellungnahme bekannt:

Verschiedene Probleme der Kosmophysik, der experimentellen Chemie und der vorzeitlichen Erdkunde wurden in letzter Zeit durch eine größere Anzahl von Veröffentlichungen in den Vordergrund des Interesses gerückt. Vom nationalsozialistischen Standpunkt aus stellen die behandelten Fragen naturwissenschaftliche Probleme dar, deren ernste Prüfung und wissenschaftliche Untersuchung jedem Forscher freisteht.

Die NSDAP kann eine weltanschauliche dogmatische Haltung zu diesen Fragen nicht einnehmen; daher darf kein Parteigenosse gezwungen werden, eine Stellungnahme zu diesen Problemen der experimentellen und theoretischen Naturwissenschaft als parteiamtlich anerkennen zu müssen. In der Schulung der gesamten Bewegung, soweit diese Themen überhaupt behandelt werden, ist diese Haltung mit allem Nachdruck zu berücksichtigen.

Berlin, den 7. Dezember 1937.

gez.: A. Rosenberg.

Was die Entstehung des Sonnensystems betrifft, so ist, wie man sieht, selbst der braune Ueberpapst — im Gegensatz zu einigen seiner Prälaten, gegen die sein Erlaß sich richtet — »liberalistisch«. Darüber darf jeder denken, was er will. Von da ab, nämlich von dem Augenblick an, in dem die Erde eine feste Kugel geworden ist, hört das freie Denken auf — und zwar gründlich.

## Das Ohr des Ministers

»Der größte Klappenschrank, der ich je gesehen habe.«

Der Hauptredakteur des ostpreussischen Naziblattes »Preußische Zeitung« ist von

los gelästerten »historischen Materialismus« evident gemacht, sondern es hatte auch schon vorher genug bürgerliche deutsche Historiker von Ruf, auch protestantische, gegeben, die diese skoleste aller Tendenzlegenden im Bereich des deutschen Nationalismus, die Gustaf-Adolf-Legende, mit Erbitterung ablehnten.

Es genügt bisher, daß der Evangelische Bund seeligen Angedenkens alljährlich zur kleinen Kapelle auf dem Lützener Schlachtfeld zog und dort seinen wilden Barditus »gegen Rom« anstimmte. Mindestens für die andere Hälfte der deutschen Nation war es schmerzhaft und aufreizend zu hören, wie hier der konfessionelle Egoismus das vaterländische Gefühl in Erbpacht und Monopolbesitz nahm. Nun aber hat man im Dritten Reich die »deutsche Volksgemeinschaft«: Die weiß noch viel weniger um die ganze Problematik

Göbbels im Propagandaministerium zur Audienz empfangen worden. Eigentlich war so etwas wie ein Interview geplant, aber dazu kam es nicht, denn — so schreibt der vom Glück begünstigte Höfling in der Nummer 341 seines Blattes —

»Es war kein Frage- und Antwortspiel wie sonst ein Interview und wie ich es eigentlich erwartet hatte. Das Stichwort Propaganda genügte, und schon war Dr. Göbbels mitten im Thema drin«

... und redete, redete, redete lauter Sachen, die der Interviewer auswendig wußte und nach denen er bestimmt nicht gefragt hätte, wenn er hätte fragen dürfen. Da es kaum etwas zu notieren gab, hatte der Besucher Zeit sich umzusehen.

»Das Zimmer des Propagandaministers? Groß und weit, mit hohen, hohen Fenstern. Vom Eingang geht man durch den ganzen Raum bis zu dem unter einem Gemälde Friedrichs des Großen stehenden Schreibtisch. Er ist lang und breit, wenn es sein muß, haben viele Akten auf ihm Platz. Jetzt aber ist er bis auf Schreibzeug und Schreibmappe leer. Vielleicht ist alles aufgearbeitet. Man möchte aber eher meinen, daß hier in diesem Ministerium und vor allem im Zimmer des Ministers weniger mit Akten und mehr mit dem Kopf und mit dem Herzen gearbeitet wird.«

Mit Akten wird weniger gearbeitet, das dürfte stimmen. Aber mit den Ohren:

»Links vom Schreibtisch des Ministers neben dem Telefon steht ein Schaltschrank mit, wie es scheint, Hunderten von Knöpfen, der größte, den ich je gesehen habe. Er ist Symbol und sichtbarer Beweis zugleich dafür, daß der Propagandaminister immer bereit ist, sich »einzuschalten«, daß er sein Ohr an den Strömungen der Zeit hat ...«

An den Strömungen der Zeit und in frem-

den Telefonleitungen. Göbbels sagte im Laufe des Interviews, das keines war:

»Es mag schön sein,« sagt Dr. Göbbels, »über Hunderttausende von Gewehren zu gebieten, aber es ist mindestens ebenso schön, wenn nicht schöner, 60 Millionen Herzen zu entzünden.«

Ueber Hunderttausende von Gewehren gebietet nämlich Göring. Ueber entzündete Herzen und heißgelaufene Mithörknöpfe — Göbbels.

## Seppi und die Bowle

Der Mißbrauch »nationaler Symbole« zu Geschäftszwecken will drüber nicht enden. Der »Dresdner Anzeiger« serviert mit Entlastung einige Beispiele.

»Eine Buchhandlung in Bayern befriedigt ihren Ehrgeiz durch eine Postkarte mit der sinnigen Inschrift: »Ein Reichskanzler und ein Seppi!« Vor soviel Geschmacklosigkeit muß man stumm bleiben.«

Wieso? Möglich, daß sich durch diese Verkuppelung mit dem Reichskanzler mancher Seppi chokiert fühlt, aber das Volk muß ja schließlich noch ganz andere Dinge aushalten. Viel schlimmer erscheint uns die Sache mit der Firma, die auf einer Bowle Sätze aus dem Deutschlandlied anbrachte und dann:

»Dann krönt man das Machwerk mit dem Hinweis auf die »Rheinlandbefreiung 1930«. Wir kennen eine Rheinlandbefreiung erst seit dem Wiedereinzug deutscher Truppen im Rheinland mit der Rückgewinnung der vollen Reichshöhe durch die Tat des Führers. Jene Firma schläft scheinbar noch und träumt von »Silberstreifen.«

Eine »verirrte Bowle« nennt das Blatt so was? Eine bolschewistische Bowle ist das, die des Abzugs der ententistischen Besatzung aus den rheinischen Städten patriotisch gedenkt und dabei vergißt, daß diese ein Werk der Demokratie war — ein Werk, das derselbe Dr. Aug. einst in begeisterten Artikeln besang.

auf die Unterernährung des Hühnervolkes zurückzuführen, und manch einen hat diese Verwechslung von Ursache und Wirkung schon ins KZ gebracht. Jetzt stellt die »Preußische Zeitung« (Nr. 345) den schwierigen Fall endlich vom Kopf auf die Füße:

»Das Bestreben geht dahin, die Leseleistung der deutschen Heinen auf 120 Eier im Jahr zu bringen. Gelingen kann das aber nicht, wenn immer noch auf zahllosen Bauernhöfen Hühner herumlaufen, die längst das Greisenalter erreicht haben. Sie sind unnütze Fresser, die in den Suppentopf gehören. Denn für die gleiche Menge von Futter, daß sie verschren, könnten 100 geringere Tiere gehalten werden, die Eier in der gewünschten Zahl legen würden.«

Also: nicht der Futtermangel ist an der Eierknappheit, sondern die vergreisten Hühner sind am Futtermangel schuld.

Erich Kuttner —, nicht dem offiziellen Deutschland, sondern der Emigration entstammt. Dem geistigen Deutschland gehört der große Mensch und Künstler an, nicht dem Deutschland der Kunstverfolgungen, der Bücherverbrennungen und Bilderverhöhnungen.

## Sage, was du singst ... und ich sage dir, was du bist!

In Odenspiel bei Köln ist Pfarrer Dr. Wieter, Anhänger der Bekenntniskirche, im November von der SA ausgetrieben worden. Der Vorgang als solcher bietet für die Zustände im heutigen Deutschland nichts Ungewöhnliches. Dr. Wieter war im Oktober d. J., angeblich wegen Veranstaltung einer verbotenen Kollekte, einige Tage gefangengesetzt, dann nach einer Gerichtsverhandlung in Bonn wieder nach Hause entlassen worden.

Die örtlichen Nazistellen waren mit dem Ausgang nicht zufrieden, zumal Dr. W. die Abgabe einer Loyalitätserklärung für die Zukunft verweigert hatte. Sie veranstalteten also »Volkszorn«, d. h. SA und SS wurden zu einem Haberfeldtreiben gegen den Pastor mobilisiert, das in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober unter viel Radau und Geschrei wie »Verräter«, »Lump«, »Judenknechte«, »Hängt ihn auf!« usw. seinen Lauf nahm und das ein im Dritten Reich als »rechtes« anerkanntes Resultat zeitigte: Nicht etwa die Täter, sondern ihr Opfer wurde von neuem in Haft genommen. (Der witzige Name für das Verfahren lautet »Schutzhaft«...)

Doch deswegen erzählen wir die Geschichte nicht. Sie hat nämlich auch mit Kunst zu tun. Während des Exekutionsaktes wurde von den fanatisierten Banden ein Lied gesungen, das als Erzeugnis echter Nazi-

Volkskunst hiermit der Nachwelt überliefert sei. Das Produkt des braunen Volksgemütes lautet:

Haut se, haut se,  
Immer auf die Schnauze!  
Haut se mit vergnügtem Sinn,  
Immer in die Presse rin!

Es ist wirklich ein Genuß zu beobachten, wie jede Denkart sich in der Dichtung eine adäquate Ausdrucksform schafft. In den vergangenen Jahren der Schmach klang es ganz anders; nämlich so:

Nicht mit dem Rißzeug der Barbaren,  
Mit Schwert und Speiß nicht kämpfen wir,  
Es führt zum Sieg der Freiheit Scharen  
Des Geistes Macht, des Rechts Panier!

So sangen die marxistischen Untermenschen. Die rassistisch erleuchteten Edelnazis dagegen gröhiten: »Haut se, haut se, immer auf die Schnauze!« — Der Abstand zweier Welten liegt darin. M.

## Die Ernüchterung

Am 5. Dezember, also just an dem Tage, da die nationalsozialistischen Prominenten büchsenklappernd an den Straßenecken standen, leistete sich die »Deutsche Allgemeine Zeitung« die folgende Glosse:

»In Berlin sind jetzt zwei Strömungen zu beobachten, die friedlich nebeneinanderlaufen.

Der einen Strömung gehören die Freunde des Stark- oder Bockbieres an, der anderen der Liebhaber der ernüchternden Getränke (je schneller die Ernüchterung erreicht wird, um so größerer Genust erfreut sich ein derartiges Getränk bei den Berlinern).

Für das Bockbier war bei den Berlinern von jeher eine starke Neigung vorhanden, dagegen ist die Nachfrage nach

ernüchternden Getränken eine Erscheinung der letzten Zeit. Es hat sich da eine bemerkenswerte Wandlung vollzogen. Früher war der »Angesäußelte« stolz auf sich und gestand offen: »Ja, ich bin angesäußert und so gefällt mir die Welt!« Jetzt sucht der Mann, der sich einen Affen gekauft hat, möglichst schnell wieder davon loszukommen. Er sucht sich mit allen Mitteln des Affen, der ihn in seiner Bewegungsfreiheit hindert, zu entledigen, und es ist ihm unangenehm, wenn ein anderer ihm in schlichten Worten bedeutet: »Otto, du bist dünn oder »Otto, du hast einen Zacken.« Der Otto von einst hätte zu dieser Feststellung gelächelt oder mit den Achseln gezuckt, der Otto von heute jedoch empfindet Skrupel und denkt: »Das ist fatal.«

Die Feststellung sei gestattet, daß wir uns im Laufe der Jahre von dem Grundsatz entfernt haben, den Baudelaire einst verkündete: Trunken müssen wir sein — nur die Trunkenheit kann uns die Fesse lösen.«

Die Leser der DAZ, zum größten Teil kernfeste Deutschnationale, werden sich seufzend gestehen müssen, daß es bei weitem leichter ist, einen Affen zu kaufen als ihn wieder loszuwerden.

## Wir haben schon ...

### Die neuen Steuern.

Die Büchsenklapperer drüben schwillt in diesen Tagen bedrohlich an und die Nazipresse droht denen, die nicht genug opfern. Im Dortmunder Naziblatt (5. Dezember) zürnt ein Gedicht, dessen erste und letzte Strophe lauten:

Wenn wir mit unsern Sammelbüchsen klappern,

Dann gibt sogar des Volkes ärmster Sohn. Nur euch hört man mit falschem Lächeln klappern.

»Wir haben schon!«  
Doch sollte es euch einmal schlechter gehen,

Dann wundert euch nicht über unsern Ton!

Dann geben wir euch gleichfalls zu verstehen:

»Wir haben schon!«

Das heißt: Wer nicht genug gibt, wird vorgemerkt und entsprechend gestraft. Neue direkte Besteuerung in aller Ehrlichkeit einzuführen, haben sie nicht den Mut; sie halten es lieber mit dem indirekten Steuerterror, zumal über das Ergebnis keine direkte Rechnung gelegt zu werden braucht. Ja, so können sie sogar mit erpreuten Geldern als Wohltäter auftreten.

Die »Deutsche Allg. Ztg.« teilte in Fettdruck mit, wo ihre Redaktion am 5. Dezember mit der Büchse klappern müsse. Dem Leser würde damit Gelegenheit gegeben, die Schreiber der DAZ persönlich zu genießen und

»sich auch mit ihnen über alle sie interessierenden Fragen auf dem Gebiete der Politik, der Wirtschaft, der Kunst, der Technik, des Sports usw. zu unterhalten. Für jede Auskunft ist eine nach Belieben zu bemessene Gebühr in unsere Sammelbüchse zu stecken.«

Die Leser durften wirklich alles mögliche erfahren, nur nicht die Wahrheit über die DAZ. Und nicht die Meinung der Redaktion. Sie wären schon ins Stottern gekommen, wenn man sie gefragt hätte, wer die Verwendung der Gelder kontrolliert und wieviel Defraudanten die NSDAP allein 1936/37 musterte.



# Legalisierter Raub

## Neues Gesetz über die Einziehung des Vermögens der Arbeiterbewegung

Die »Einziehung des kommunistischen Vermögens« wurde in einem Gesetz vom 26. Mai 1933 sanktioniert, am 14. Juli 1933 wurde der Raub des Besitzes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nachträglich im Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens gedeckt. Die Beschlagnahme des Vermögens der Sozialdemokratischen Partei hatte der Generalstaatsanwalt bereits am 9. Mai 1933 erklärt, am 12. Mai 1933 hatte er die gegen die SPD ausgesprochene Beschlagnahme auf das Vermögen der Freien Gewerkschaften ausgedehnt, nachdem der Gewerkschaftsraub bereits am 2. Mai von den SA-Horden verwirklicht worden war.

Das mobile und immobile Vermögen der Freien Gewerkschaften hatte einschließlich der mitgeraubten Eigenbetriebe (Arbeiterbank, Baubetriebe, Wohnungsgenossenschaften, Verkehrsgesellschaften, Sparkassen usw.) für die Zentralen des ADGB und AFA-Bundes und ihre angeschlossenen Verbände rund 500 Millionen RM betragen. Dazu kamen die Vermögensbestände der Partei, ihrer Druckereien und Verlagsgesellschaften, ihrer Bezirke sowie der nichtsozialistischen Parteien und Gewerkschaften und zahlreicher sonst als staatsfeindlich erklärter Organisationen, so daß

eine Milliarde RM für diesen grandiosen Raub nicht zu hoch angenommen ist.

Es entsprach der Nazi-Rechtsauffassung, daß die Besitzer und Vermögensverwalter der gewaltsam eingezogenen Gelder eine Ausgaben-Mißwirtschaft betreiben durften, die unter aller Kritik steht, daß sie auch gegen alle Schuldner der enteigneten früheren Vermögensträger rücksichtslos vorzugehen wußten, daß sie es aber ablehnten, die Verpflichtungen der Vorbesitzer zu erfüllen.

So hatte insbesondere die Deutsche Arbeitsfront alle Aktiven der Gewerkschaften eingeholmt, aber gleichzeitig

alle Gläubiger mit ihren berechtigten Ansprüchen abgewiesen.

Die Lieferanten der Gewerkschaftsbüros, die zeitweise in die DAF übernommenen Gewerkschaftsangestellten und wer sonst noch Gut haben nachweisen konnte, gingen leer aus. In einem Reichsarbeitsgerichtsurteil vom 28. Februar 1934 wurde erklärt, daß die NSBO am 2. Mai 1933 »kraft revolutionären Rechts« gehandelt habe, daß aber die DAF weder als Vermögensträger anzusehen wäre, noch daß überhaupt eine Vermögensübernahme stattgefunden hätte. Staatsrat Dr. Ley sei lediglich als »Pfleger« eingesetzt worden, er habe seinerseits wieder Unterpfleger bestimmt.

Da kein Vermögensträger besteht, so fehlte die formale Voraussetzung, um überhaupt Ansprüche an das geraubte Vermögen geltend machen zu können. Die zahlreichen Kläger waren vertröstet worden, daß später durch Reichsgesetz ein Vermögensträger bestimmt werden würde, an den sich die Geschädigten halten könnten.

Nun ist nach nahezu fünf Jahren am 9. Dezember 1937 die gesetzliche Endregelung vorgenommen worden. Sie bringt aber keinerlei Klärung, wer nun als Vermögensträger anzusehen ist. Diese entscheidende Frage ist ganz gewiß nicht ohne Grund nach wie vor offen geblieben. Es dürfte den Kassen-Annektionisten auch schwer fallen, die Rechtsansprüche der Gläubiger zu befriedigen, denn der Ausweis der Arbeitsfront ergibt, daß sie in den fünf Jahren ihrer totalitären Finanzwirtschaft über weniger Vermögen verfügt, als sie allein aus den Beitragsüberschüssen haben müßte.

Das geraubte Vermögen ist längst veräußert.

Tausende alter Arbeiter könnten ihre Ansprüche an die zerschlagenen Pensionskassen anmelden — daher darf es auch künftig im Dritten Reich keinen Rechtsnachfolger der geraubten Arbeitergelder geben.

Unter den Gläubigern der früheren Arbeiterorganisationen gibt es allerdings auch Freunde der Nazis, denen geholfen werden soll. So sind z. B. immer noch Schadenersatzklagen von einstigen Unternehmerverbänden aus Streiks gegen die Gewerkschaften unentschieden. Es soll auch früheren Gewerkschaftsmitgliedern geholfen werden, die sich inzwischen bewährt haben. So hat sich die Diktatur-Regierung entschlossen, unter Verzicht auf jede rechtliche Klärung, ein »Gesetz über die Gewährung von Entschädigungen bei der Einziehung oder dem Uebergang von Vermögen« zu erlassen. Es wird unterschieden in:

1. Kommunistisches, volks- und staatsfeindliches Vermögen
2. Dem Reich verfallenes Vermögen (der Ausgebürgerten)

3. Vermögen der früheren Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen.

Der erste Abschnitt betrifft die gestohlenen Vermögen der Arbeiterparteien, ihre in Gesellschaftsform geführten Eigenbetriebe gelten mit der Vermögensentziehung als aufgelöst. Alle Rechte an die eingezogenen Gegenstände werden als erloschen erklärt. Die Gesellschaften, die solche Unternehmungen weiter führen, haften nicht für Rechtsverbindlichkeiten. Das neue Gesetz bringt lediglich sog. Feststellungsausschlüsse, die an Geschädigte, soweit sie als bedürftig anerkannt werden, Entschädigungen in der ihnen geeignet erscheinenden Höhe bewilligen.

Die Entschädigung darf nicht gewährt werden, wenn der Geschädigte kommunistische, marxistische oder andere staatsfeindliche Bestrebungen gefördert hat.

Feststellungsbehörden sind die Landes-Polizei-behörden und der Reichsinnenminister. Die Nazi-Polizei hat für Gesinnung mehr Verständnis, als für Recht.

Der zweite Abschnitt gibt diesen Polizeistellen die Möglichkeit an dritte Personen, die durch die Enteignung eines Ausgebürgerten Vermögensnachteile erleiden, nach dem gleichen Verfahren Entschädigungen zu gewäh-

## „Treuepflicht“ nach der Entlassung?

Die Illusion von der »Volksgemeinschaft« im Dritten Reich, die die Nationalsozialisten dem deutschen Volke und dem Ausland mit soviel Anstrengungen aufzwingen wollen, hat im täglichen Sprachgebrauch eine Anzahl Schlagworte hervorgebracht, deren tieferer Sinn gelegentlich durch bezeichnende Vorgänge auf sozialem Gebiet hervorgekehrt wird.

Da gibt es z. B. »Betriebsverbundenheit« und »Gefolgschaftstreue«. Damit wird natürlich keineswegs etwa eine verbesserte Stellung der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß bezeichnet; kann nicht bezeichnet werden, weil es ja bekannt ist, daß der Arbeiter unter der Diktatur der Nationalsozialisten von den Kapitalisten noch ärger ausgebeutet wird als früher. Und da für den kapitalistischen Unternehmer als den Besitzer des Betriebs die »Betriebsverbundenheit« seit je gegeben war, konnte mit diesem Schlagwort nur der Begriff für den von den Nationalsozialisten verwirklichten Zustand der nahezu völligen sozialen Rechtlosigkeit der Arbeiter im Betrieb gemeint sein. Da gehört die »Gefolgschaftstreue«, die ja schon in der Bezeichnung nur einseitig von den Arbeitern verlangt wird, unbedingt dazu.

Inzwischen hat auch die Aufhebung der Freizügigkeit für breite Schichten der Arbeiter eine recht drastische Kommentierung dieser demagogischen Volksgemeinschaftsterminologie gebracht. Es kann jetzt kein Zweifel mehr darüber sein, daß nach dem Willen der nationalsozialistischen Diktatoren der Arbeiter völlig dem Unternehmer ausgeliefert sein und ihm auch dann nicht dem Zugriff seiner Ausbeuterkralen entgehen soll, wenn der Arbeiter die Möglichkeit hat, ein ihm viel günstigeres Arbeitsverhältnis einzugehen.

Mit dieser sozialen Entrechtung der deutschen Arbeiterschaft, die durch phrasenhafte Redensarten verhüllt werden soll, sind die Kapitalisten sehr zufrieden. Alte Wünsche, deren Verwirklichung früher an dem Widerstand der Arbeiter und ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen gescheitert sind, gehen jetzt in Erfüllung.

Warum sollen sie da nicht noch mehr fordern? Z. B. »Betriebsverbundenheit« und »Gefolgschaftstreue« von der Arbeiterschaft selbst dann, wenn sie vom Unternehmer auf die Straße gesetzt worden ist? So grotesk es klingt, es ist doch wahr:

Ein Unternehmer hat sich an das Rechtsamt der Deutschen Arbeitsfront gewandt, um die Auskunft zu erlangen, ob es eine arbeitsrechtliche Möglichkeit gebe, seine Arbeiterschaft, die er infolge Umstellung seines Betriebes auf längere Zeit entlassen mußte, daran zu hindern, daß sie in der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit anderswo Arbeit annehme. Er befürchtete nämlich, daß ihm gerade die Tüchtigsten »wegengagierte« werden und daß auch die anderen zur Konkurrenz gehen. Aus der »Betriebsverbundenheit« und »Treuepflicht« heraus sollte den Arbeitern verwehrt werden, ein neues Arbeitsverhältnis einzugehen. Sie sollten solange arbeitslos bleiben,

ren oder nicht. Gegen die willkürliche Entschädigung dieser Feststellungsausschlüsse gibt es auch im zweiten Fall keinerlei Rechtsweg.

Im dritten Abschnitt wird die Vermögensverwaltung der DAF durch das neue Gesetz »in das Vermögen der früheren Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen einschließlich der Hilfs- und Ersatzorganisationen, Vermögensverwaltungen, Pensionskassen und sonstigen Sondervermögen eingewiesen«.

Die neue juristische Formulierung »eingewiesen« soll besagen, daß die DAF über diese Gelder verfügen durfte, ohne daß sie Vermögensträger zu sein braucht. Die Regierung wird demnach im Deutschen Reichsanzeiger die Vermögensträger im einzelnen bekanntgeben.

Die so benannten Vermögensträger gelten aber mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes »als aufgelöst«, ohne daß eine Liquidation stattfindet. Der Leiter der DAF wird als Pfleger der Vermögen bestätigt, er soll nach pflichtgemäßem Ermessen handeln.

Für Ansprüche aus Dienstverträgen übernimmt die DAF eine Haftung nur, wenn das Arbeitsverhältnis über den 30. September 1933 ausgedehnt worden ist.

Die normale Einhaltung vertraglicher,

bis die Umstellung des Betriebes beendet und sie nach vier, für oder sechs Monaten wieder zur Arbeit gerufen würden.

Und das Rechtsamt der DAF?

Es hat ein derart unerhörtes Ansinnen nicht etwa eindeutig abgelehnt, sondern in einem »guten Rat« verwies es den Unternehmer an das Arbeitsamt, mit dessen Vermittlung er wenigstens für die Hälfte seiner bisherigen Belegschaft — für die Frauen! — seinen Zweck erreichen könnte!

Das Aufreizende des Unternehmerwunsches und noch mehr das der Auskunft des »Rechtsamtes« der DAF sollte dadurch milder erscheinen, daß das Rechtsamt dem Unternehmer empfahl, allen, die mit dieser von ihm vorgeschlagenen Regelung einverstanden seien, eine »Treueprämie« in Aussicht zu stellen.

Dieser Fall zeigt jedenfalls in drastischer Weise, daß die Stellung des deutschen Arbeiters im Dritten Reich bis auf die Stufe der sklavischen Abhängigkeit vom einzelnen Unternehmer herabgedrückt worden ist und daß Phrasen wie »Betriebsverbundenheit« und »Gefolgschaftstreue« nur dazu dienen sollen, dieses schändliche Ausbeutungsverhältnis zu bemänteln.

## Studenten, lernt Lügen!

In den nationalsozialistischen »Studenten-Kameradschaften« wird offener als in anderen gleichgeschalteten Organisationen zugegeben, daß der Zusammenschluß als Zwang, der »Dienst an der Bewegung« als Last empfunden wird. Mag sein, daß die Söhne aus reichen — zu einem großen Teil konservativen — Elternhäusern ihre aufgelösten Corps nicht vergessen können, mag sein, daß sie mehr riskieren, weil ihnen die Lebensunsicherheit fremd ist, die den Arbeiter zum schweigenden Mitglied der DAF macht, jedenfalls sind die studentischen Gruppen gegenwärtig Herde der Meckerei. Das Blatt des NS-Studentenbundes »Die Bewegung« versucht, die Widerspenstigen ins Unrecht zu setzen, indem es ihnen vorwirft, schon ihr unfreiwilliger Beitritt zum Bunde beweise, daß sie Waschlappen seien:

»Wer auf indirekten Druck reagiert und, diesem nachgebend, in die Kameradschaft geht, ist nicht unser Mann, denn er wird nicht mit der ganzen Kraft seiner Ueberzeugung für unsere Sache kämpfen. Ihm fehlt das Wichtigste: die lebendige Aktivität, die nur aus einem freudigen Herzen und ehrlicher Anteilnahme kommen kann. Wir können heute weniger denn je Menschen gebrauchen, die sich nach oben ducken und nach unten drücken, die feig sind und kapitulieren.«

Die Leser werden das abgegriffene Märchen von der »Freiwilligkeit« mit Grinsen zur Kenntnis genommen haben. Aber der folgende Satze dürfte selbst dem Schreiber unter den Fingern gefroren sein:

»Was geschieht mit dem, der den Eintritt in eine Kameradschaft ablehnt? Gar nichts!«

Richtig. Es geschieht gar nichts mit ihm. Er wird zu keinem Amt zugelassen, er wird bei jedem Wettbewerb kaltgestellt, er hat keine Aussicht, vorwärtszukommen, solange es ein Drittes Reich gibt. Jeder Student hat Gelegenheit, den Annoncenteil der medizinischen, juristischen, pädagogischen Fachpresse

arbeitsrechtlicher Dienstbezüge gilt also nur gegenüber solchen Personen, die nach der Auflösung der Gewerkschaften als gleichgeschaltete Angestellte im Sold der Nazis stehen.

Die Gewerkschaftssekretäre sind bis auf einige Knechtseelen bereits am 1. Juli 1933 herausgeworfen worden. Es liegt somit ganz im Belieben der Himmler-Clique, einige willige Ueberläufer für ihr Wohlverhalten zu belohnen. Die vertraglichen und Pensionsansprüche der Gewerkschaftsmitglieder und -Angestellten werden in diesem Gesetz nicht anerkannt.

Die noch laufenden Prozesse, in denen teilweise für die Kläger günstige Entscheidungen getroffen worden waren, werden durch das neue Gesetz in das hier bestimmte Feststellungsverfahren eingeschaltet. Eine Weiterführung des ordentlichen Gerichtsverfahrens ist nur zulässig, wenn die Feststellungsstelle sich dafür ausspricht. Die Entscheidungen der Feststellungsbehörden sind für die ordentlichen Gerichte bindend. Für die Geltendmachung von wohl erworbenen Rechtsansprüchen an die geraubten Vermögen gibt es nach dem Gesetz vom 9. Dezember 1937 nur noch eine rechtskräftige Entscheidung, nämlich die der Nazi-Feststellungsausschlüsse d. h.:

Gesinnungsknechte können etwas bekommen. Wer sich nicht beugt, kann verhungern.

Das ist im Dritten Reich rechtens. Der Diebstahl der Arbeitsfront am Vermögen der deutschen Arbeiterbewegung ist mit dem neuen Gesetz legalisiert.

zu lesen. Wo immer eine Stellung für junge Akademiker angeboten wird, lautet die wichtigste Bedingung: »Nachweis der politischen Zuverlässigkeit. Nachweis der Mitgliedschaft bei der nationalsozialistischen Partei oder einer ihrer Gliederungen.« Aber die »Bewegung« behauptet:

»Wir lehnen insbesondere ab jede Methode des indirekten Zwangs. Die Freiheit der Entscheidung ist ebenso wie unter offenem Zwang in Frage gestellt, wenn mit bestimmten Nachteilen finanzieller oder anderer Art gedroht wird.«

Wie sollen sich junge Menschen da hinfinden? Sie müssen zu der Auffassung kommen, daß Worte keinen Sinn und Lügen lange Beine haben, sie müssen zu Zynikern werden, ehe sie der Schulbank ganz entwachsen sind. Wie soll Deutschland von dieser Jugend genesen?

## Achtung! Postabonnenten!

Um eine Unterbrechung im Bezug des »Neuen Vorwärts« zu vermeiden, bitten wir Sie, das Abonnement sofort bei Ihrem Postboten oder im nächsten Postkontor zu erneuern.

»Neuer Vorwärts«

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto »Neuer Vorwärts«, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.095. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.